

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
26 (1912)**

232 (4.10.1912)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-550858](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-550858)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22. Fernsprech-Auswahl Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Ulmenstraße 24, Fernsprecher 580.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschließlich Beleglohn 75 Pfg., bei Selbstabholung von der Expedition 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2.25 RM., für zwei Monate 1.50 RM., monatlich 75 Pfg., einschließlich Beleglohn.

— Mit —
Unterhaltungsbeilage.

Bei den Inseraten wird die schlagzeilenartige Zeile oder deren Raum für die Inserenten in Hülfsingen-Wilhelmshaven und Umgebung, sowie der Filialen mit 15 Pfennig berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pfennig; bei Wiederholungen entsprechenden Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unverbindlich. — Reklamazeile 50 Pfg.

26. Jahrgang.

Hülfsingen, Freitag den 4. Oktober 1912.

Nr. 252.

Die Zentralisation der Ortskrankenkassen.

In ihrem Entwurfe der Reichsversicherungsordnung hatte die Regierung einen schädlichen Verlust unternommen, der Zersplitterung der Krankenkassen ein Ende zu machen. Die reaktionäre Mehrheit des Reichstages hat aber selbst diesen beabsichtigten Anfang einer großzügigen Organisation der Krankenversicherung zu hintertreiben gesucht. Dabei sind jedoch die Bestimmungen des Entwurfs in den endgültigen Gesetzestext aufgenommen, die das Verfahren für eine freiwillige, von den Kassen selbst zu beschließende Zusammenfassung ihrer Organisation regeln. Diese Bestimmungen flug auszunutzen ist nunmehr Aufgabe aller Freunde einer Zentralisation der Krankenkassen.

Hierfür kommen vorerst nur die Ortskrankenkassen in Frage, weil nur hier der Wille der Versicherten zum Ausdruck kommen kann. Bei den Betriebs- und Innungs-Krankenkassen liegt beinahe die Entscheidung über die Existenz der Kassen bei den Unternehmern. Nach dem bisher geltenden Krankenversicherungs-Gesetz konnte die Zusammenlegung von Ortskrankenkassen nur durch die von der höheren Verwaltungsbehörde zu genehmigende Auflösung erfolgen. Die Behörden haben jedoch nie ihre Zustimmung zu dahingehenden Beschlüssen der Kassen gegeben. Die Reichsversicherungsordnung sieht nun eine Reihe von Möglichkeiten vor, auch gegen den Willen der Behörden zu einer Zentralisation zu kommen. Allerdings haben die Behörden infolge einer gemäßigten Auffassung der Regierung ihre Haltung in der Zentralisationsfrage völlig geändert und sind jetzt sogar häufig bereit, gesamtamtlich und mit bürokratischer Zersplittertheit die Kassen zu verschmelzen, die durchsichtiger immer im Interesse der Beteiligten liegen. So also heute von den Behörden Schwierigkeiten nicht zu erwarten sind, sind die Kassen in der Lage, den Weg zu geben, der den berechtigten Interessen der beteiligten Faktoren am besten Rechnung trägt. Vielerorts waren auch die Vorarbeiten der Ortskrankenkassen bereits am Werke, diesen Weg einzuschlagen. Hier hat aber die Reichsregierung mit rauher Hand eingegriffen und alle bisherigen Anstrengungen zunichte gemacht.

Am 13. Juli 1912 ist nämlich eine sogenannte kaiserliche Verordnung verfaßt worden, die die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung über die Errichtung, Ausgestaltung, Vereinigung, Auflösung, Auflösung und Schließung von Krankenkassen sofort in Kraft setzt. Diese Bestimmungen sollen jedoch auf die jetzige Organisation der Krankenversicherung ganz und garnicht und sie sind nur durchführbar, wenn sie „hinreichend“ Anwendung finden. Denn sie setzen voraus, daß bereits die „Allgemeinen Ortskrankenkassen“ vorhanden sind. Diese sollen aber nach jener Verordnung erst am 1. Januar 1914, wenn die gesamte Reichsversicherungsordnung Geltung erhält, ins Leben treten. Geht man also davon aus, daß die obengenannten Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung nur hinreichend angewendet werden, dann ergeben sich folgende Wege für die Zentralisation der Ortskrankenkassen:

1. Die Schließung der Kassen. Am 1. Januar 1914 werden alle bestehenden Ortskrankenkassen geschlossen, die weniger als 250 Mitglieder haben oder in ihren Leistungen denen der Allgemeinen Ortskrankenkasse ihres Bezirks nicht gleichwertig sind, oder den Bestand dieser Kasse gefährden oder den Antrag auf Zulassung als „besondere“ Ortskrankenkasse nicht bis zum 31. Dezember 1912 gestellt haben. Das einfachste wäre also, wenn die Kassen keinen Zulassungsantrag stellten; doch hat das schwerwiegende Nachteile im Gefolge, die doch noch besonders erörtert werden müssen.

2. Die Auflösung der Kassen. Die Generalversammlung der Ortskrankenkasse, die an sich aufgelöst werden müßte, kann ihre Auflösung beschließen. Der Auflösungsbeschluss tritt ebenfalls am 1. Januar 1914 in Wirkung. Die Folgen der Auflösung sind die gleichen, wie die der Schließung. Die Mitglieder der geschlossenen oder aufgelösten Kasse werden der Allgemeinen Ortskrankenkasse überwiesen. Infolgedessen sind durch die kaiserliche Verordnung auch die an einzelnen Orten vorhandenen gemeinsamen Bestrebungen, eine Zentralisation der Kassen nach Berufsgruppen vorzunehmen, gegenstandslos geworden. Eine Zusammenlegung jetzt bestehender Ortskrankenkassen mit einander ist nicht mehr zulässig.

Die Schließung oder Auflösung der Kassen hat aber noch weitere Folgen. Die Kasse geht als selbständiges Rechtssubjekt unter und hat keinen Rechtsnachfolger. Als solcher gilt auch nicht die Allgemeine Ortskrankenkasse, der die Mitglieder überwiesen werden. Infolgedessen werden alle mit der Kasse abgeschlossenen Verträge aufgelöst. Sie enden spätestens drei Monate — bei den Angestellten der Kasse 12 Monate — nach der Mitteilung von dem genehmigten

Beschlusse des Oberversicherungsamtes, sofern nicht zu einem früheren Zeitpunkt gekündigt werden kann. Eine solche gewaltsame Beendigung des Daseins einer Kasse greift daher ziemlich tief in das freie Vertragsrecht ein und würde namentlich für die im Dienste der Kasse ergrauten Angestellten einen schweren Schlag bedeuten. Diese würden damit vor dem wirtschaftlichen Nichts stehen. Zwar ist ihnen im Artikel 32 des Einführungs-Gesetzes zur Reichsversicherungsordnung versprochen: „Die Versicherungsträger sollen geeignete Anstellung, die infolge der Neuordnung bei einer Krankenkasse entbehrlich werden, bei Annahme von Hilfskräften möglichst berücksichtigen.“ Aber das ist, wie nicht erst begründet zu werden braucht, ein recht unsicherer Wechsel auf die Zukunft. Alle „oben“ politisch mislieblichen Angestellten sind damit von vornherein geliefert. Die Arbeitgeber, ohne deren Stimmen sie auch bei der neuen Kasse nicht angestellt werden können, werden solche Angestellten, die ganz besonders das Vertrauen der Arbeiter genießen, nicht wählen, und die dann erforderliche Befähigung des Versicherungsamtes werden sie erst recht nicht erhalten. Selbst, wenn dies aber der Fall wäre, müßten sie doch als Hilfsarbeiter wieder ganz von vorn anfangen, vielleicht mit einem Gehalt, wie es für die jüngsten Angestellten vorgegeben ist.

Ein solches Vorgehen ließe sich vielleicht rechtfertigen, wenn die Zentralisation auf einem anderen Wege garnicht zu erzielen wäre und die Interessen der Angestellten infolgedessen vor den höheren Interessen der Allgemeinheit zurückstehen müßten. Es kann jedoch nicht gesagt werden, daß die Schließung oder Auflösung einer größeren Ortskrankenkasse im Interesse der Versicherten liegt. Diese begeben sich damit jeden Einflusses auf die Leistungen der zukünftigen Allgemeinen Ortskrankenkassen, denen sie dann unterstellt werden. Die Ausgestaltung dieser Kassen ist aber ausnahmslos für die zukünftige Entwicklung der Krankenversicherung.

Es gibt auch eine Möglichkeit in der Reichsversicherungsordnung, den Versicherten und ihren Vertretern diesen Einfluss zu sichern: das ist die Vereinigung der Kassen. Die Vereinigung einer bestehenden Kasse ist nur noch mit der zukünftigen Allgemeinen Ortskrankenkasse zulässig. Hierzu bedarf es lediglich eines Beschlusses der Generalversammlung der bestehenden Kasse. Stellt der Vorstand der Kasse dann den Antrag auf Vereinigung mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse beim Versicherungsamt, so hat dieses Vereinigungsanträge an den Versicherungsamt einzulegen. In diesen Verhandlungen können die Kassenvertreter dann ihre Wünsche für die Gestaltung der Satzungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse geltend machen. Sie sind dann nicht, wie bei der Auflösung oder Schließung, den Wünschen des Gemeindeverbandes, der sonst über die Satzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse allein zu bestimmen hat, mit gebundenen Händen ausgeliefert. Außerdem bestimmt die Reichsversicherungsordnung für den Fall der Vereinigung, daß die Angestellten der Kasse zu denselben oder gleichwertigen Bedingungen übernommen werden müssen, jedoch auch dieser Seite Genüge geschehen wäre.

Diesem Wege der Zentralisation der Ortskrankenkassen hat auch der jüngst in Köln a. Rh. abgehaltene Krankenkassenkongress zugestimmt. Es dürfte in der Tat der allergeringste sein, um unter Wahrung aller berechtigten Interessen die Zusammenfassung der Krankenkassen überall da herbeizuführen, wo das nur irgend angängig ist. Sie und da ist allerdings trotzdem der Weg der Schließung der Kassen propagiert worden. Wie anzunehmen ist, weil man nicht alle Konsequenzen dieses gewaltsamen Eingriffs erfasst und den Weg der Vereinigung nicht als zulässig angesehen hat. Durch die erwähnte kaiserliche Verordnung ist jedoch der Weg der Vereinigung der Kassen geöffnet worden und es ist zu hoffen, daß recht viele Kassen ihn beschreiten werden.

Politische Rundschau.

Hülfsingen, 3. Oktober.

Das Auswärtige Amt zu den Balkanwirren.

Herr v. Rüdern-Bachter hat bereits durch eine Korrespondenz verbreiten lassen, daß die Kriegsgefahr auf dem Balkan für Deutschland von keinerlei Bedeutung sei. In der „Nordd. Allg. Zeitung“ äußert sich das Auswärtige Amt nun dahin:

„Angebliche oder wirkliche türkische Mobilisierungsmassnahmen haben den Balkanstaaten Grund oder Vorwand zur Mobilisierung ihrer Streitkräfte gegeben. Ob es sich nur um einen Gegenzug gegen die türkischen Vorführungen oder um eine tatsächliche Kriegsgefahr handelt, läßt sich zurzeit mit Bestimmtheit nicht erkennen. Unter allen Umständen haben die von den Balkanregierungen er-

griffenen Massnahmen die Möglichkeit eines kriegerischen Zusammenstoßes mit der Türkei näher gerückt.

Die Bemühungen der Mächte, den Frieden zu erhalten, dauern fort.

Wie sehr es auch zu bedauern wäre, wenn diese Bemühungen erfolglos blieben, so ist doch auch in diesem Falle für die deutschen Interessen ein Anlaß zu unmittelbarer Beunruhigung nicht gegeben. Dies ist um so weniger der Fall, als mit Bestimmtheit zu hoffen ist, daß der etwaige Konflikt auf seinen Herd beschränkt bleiben würde.

Die letzten Ereignisse haben, wie gesagt, die Wahrscheinlichkeit eines Konflikts erhöht. Mit der Möglichkeit eines solchen mußten die europäischen Kabinette aber schon seit geraumer Zeit rechnen. Sie haben daher auch alle Zeit gehabt, sich untereinander über ihre Stellung zu einer solchen Eventualität auszusprechen. Bei dem festen Willen aller Mächte, die Ausdehnung des Konflikts hinauszuhalten, kann eine endgültige Verhängung nicht ausbleiben. Wenn also auch die nahe Möglichkeit eines Zusammenstoßes auf dem Balkan nicht von der Hand zu weisen ist, so darf doch zuversichtlich erwartet werden, daß eine weitergehende Konflagration, in die die europäischen Großmächte hineingezogen werden könnten, vermieden bleibt.“

Herr v. Rüdern-Bachter bringt hier zum Ausdruck, was Minister Graf Bernold auch in der österreichischen Delegation erklärt hat, daß die Großmächte dafür sorgen wollen, daß der Brand auf den Balkan beschränkt bleiben soll. Wenn nun auch zweifelsohne zunächst keine Gefahr besteht, daß Deutschland in eine kriegerische Aktion hineingezogen wird, so ist es doch andererseits fest, daß die deutsche Geschäftswelt erheblich geschädigt werden kann. Exporteure der Textilbranche erklären bereits, daß sie die Lieferungen nach den beteiligten Balkanstaaten einstellen haben und der Schaden für die Textilindustrie besteht darin, daß für die in den Balkanstaaten gebräuchlichen Muster an derwärts kein Absatz zu finden ist.

Deutsches Reich.

Zur Zensurung. Wie die „Rad. f. St. u. L.“ melden, soll die aldenburgische Regierung kurzzeitig darüber in Erwägungen begriffen sein, ob sie sich den bekannten preussischen Maßnahmen gegen die herrschende Zensurung anschließen könne. Nach den Informationen des genannten Blattes wird dieses voranzuschieben soweit der Fall sein, als dies „für das Großherzogtum Aldenburg anwendbar“ sind.

Vom 7. bis 10. Oktober wird in Düsseldorf der 7. preussische Städtetag abgehalten. Auf der Tagesordnung, die jetzt veröffentlicht wird, vermischt man die Möglichkeit einer Aussprache über die Zensurung und deren Forderung. Dafür wird sich dieser Städtetag mit dem preussischen Wasserrecht, mit den Satzungen des Städtetages und ein wenig mit der preussischen Verwaltungsreform beschäftigen. Der preussische Städtetag wird also keine ihm unangenehmen Dinge berühren.

In Kassel beschäftigte sich am Dienstag der gesamte Vorstand des Deutschen Reichsverbandes — etwa 30 Herren aus den verschiedenen Bundesstaaten — mit den Regierungsvorhaben zur Anwendung der Reichsnot. In einer angenommenen Resolution sprechen die Herren aus, daß die Maßnahmen zwar zu begrüßen sind, doch aber ein praktischer Erfolg der Maßnahmen nicht zu erwarten sei. Am Schluß heißt es: „Besser würde es allerdings für die Landwirtschaft, Gewerbe und Konsumanten gewesen sein, wenn in erster Linie eine Verbesserung der Einfuhr von Zucker und Schokolade erfolgt wäre. Trotzdem will aber der Reichsverband keine Mitarbeit bei den Maßnahmen nicht ausschließen, aber er findet es unverständlich, daß die Frachtermäßigungen lediglich für ausländisches Vieh und Fleisch ausgedehnt worden sind.“

Der Kampf um die Jesuiten. Außer den bayerischen Bischöfen haben, wie die „Täg. Rundschau“ erfährt, auch die übrigen Bischöfe Deutschlands in der Angelegenheit des Jesuitengesetzes eine Eingabe an die Bundesregierungen gemacht. Die Eingabe verlangt die Beilegung des Jesuitengesetzes. Sie betont, daß die katholische Kirche auf die Mitarbeit aller ihrer Ordnen unbedingt angewiesen sei und auf die Mitarbeit keines derselben verzichten könne, und daß ferner jedes Gesetz, das die Tätigkeit eines dieser Ordnen einschränken wolle, als ein Angriff auf die ganze katholische Kirche und ihr Oberhaupt anzusehen sei.

Arbeiterturnvereine sind keine politischen Vereine! Die Vorsitzenden der Arbeiterturnvereine in Jangenberg und Gruna bei Jena hatten vom Antivortreiber die Aufforderung erhalten, der Behörde Satzungen und Verzeichnisse der Vorstandsmitglieder ihres „politischen“ Vereins einzuwickeln.



Nis sie das verweigerten, wurden sie mit einem polizeilichen Strafmandat bedacht. Das Schöffengericht in Zeitz erkannte jedoch auf Freilassung, weil Arbeitervereine nicht politisch sind und ihre Zugehörigkeit zum Arbeiterturnbund sie ebenfalls nicht zu politischen Verurteilungen fähig mache.

Wieder ein „Fortschritt“ der Nationalen. Die proletarische Kongressleiter der „Nationalen Arbeiter“ in Chemnitz vermochte nicht über den konstanten Panzer der „Arbeiterbewegung“ zu durchdringen. Gerade in Sachsen hat in den letzten Wochen ein Zusammenbruch den anderen gejagt. Erst verließ der bekannte Pastor Richter das sächsische Schiff und dann folgten etliche angestellte Sekretäre mehr unfreiwillig, als freiwillig nach. Der letzte — vorläufig — ist Leoben in Suidau vom hohen Berde gestiegen. Die nationale Arbeiterbewegung hat seit den Tagen des erfolglos verlaufenen Bergarbeiterstreiks dühende Male den Zusammenbruch der freien Gewerkschaften und besonders des Bergarbeiterverbandes konstatiert. Ein paar Hundert mit Hilfe der Werksleitungen in den nationalen Arbeitervereinen gereichten Remonierbergarbeiter und Streikbrecher hatten den Herren den nüchternen Verstand geraubt. Sie — der Pastor Ungnad und der nationale Sekretär Sieger — sahen hoch zu Ross und prahlen sich begeistert als die Retter des Vaterlandes und des Unternehmertums. Aber das war die letzte Lebensaufwallung. Dann fiel alles auseinander. Das ewig dallesfranke nationale Sekretariat steht nun verwaist. Herr Sieger hat sich glücklicherweise auf den festen Boden der Antisemitendebatten hinübergerettet können und vernichtet nun von dort aus die moderne Arbeiterbewegung mit Tintenflexen.

Ein Kinostück. Vor einiger Zeit wurde unter Mitwirkung einiger Großbanken der Versuch unternommen, die deutschen Filmfabrikanten zu einem Trust zusammenzuschließen; der Name war bereits gefunden, das Unternehmen sollte „Riga“ (Rim-Industrie-Allianzgesellschaft) heißen. Im letzten Augenblick zerfiel sich die Verhandlung. Jetzt ist der Plan auf anderer Basis dennoch realisiert worden. Vor einigen Tagen kam es in Berlin zur Gründung einer „Freien Vereinigung der Kino-Filmfabrikanten“, der fast alle großen deutschen und ausländischen Firmen angehören; sie haben eine Preisvereinbarung abgeschlossen, so daß sie imstande sind, auf dem Filmmarkt die Preise zu diktieren. Zwischen der „Konvention“ und einigen anderen Firmen wird es zu einem hitzigen Streit kommen, besonders mit der Firma Pathe frere, die sich der Konvention nicht angeschlossen hat.

Wieder ein Vorstoß gegen die Gewerkschaften. In ihren Bemühungen, die Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu stempeln, lassen Preußen-Deutschlands Behörden nicht nach. Jetzt erhielt der erste Bevollmächtigte der Magdeburger Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiterverbandes, Reichstagsabgeordneter Genosse Brandes, vom Magdeburger Polizeipräsidenten die Aufforderung, innerhalb zweier Wochen die Satzungen der Verwaltungsstelle, sowie ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder beim Polizeipräsidenten einzureichen. In der Aufforderung wird ferner und blühend behauptet: „Die von Ihnen geleitete Verwaltungsstelle... ist nach dem Statut und Ihrer Tätigkeit ein selbständiger Verein und fällt unter die Bestimmungen des § 3 des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908, da sie nach ihrer Tätigkeit auch eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten begreift.“ Der Polizeipräsident droht eine Geldstrafe von 30 Mark an, falls der Aufforderung nicht entsprochen wird. Der Radikale, daß die Verwaltungsstelle ein selbständiger Verein ist, der politische Zwecke verfolgt, wird dem Polizeipräsidenten wohl nicht leicht werden. Aber, was schadet's! Es wird verurteilt und — auf die Gerichte kann man sich ja auch noch verlassen. Das hat man in Kiel gesehen, wo die Strafkammer sogar die „Freie Turnerkassette an der Kieler Förde“ für einen politischen Verein erklärt hat.

Hilfsbereite Professoren. Die „National-Zeitung“ hat von einigen Professoren Gutachten über die Verurteilung der Genossen Vordardt und Reiner eingeholt und die um ihre Ansicht Befragten heißen sich, dem Gericht und dem Staatsanwalt mit ihrer „Wissenschaft“ beizuspringen.

von Jagemann. Der ehemalige badiische Gefandte, der sich gleich nach seinem Rücktritt von der Gefandtschaft im Jahre 1904 mit seiner Staatsrechtslehre würdig als Staatsrechtslehrer einführt, antwortet, daß er eine starke Ordnungsgewalt der Parlamentspräsidenten gegen Ausschreitungen der Mitglieder nach mangelnder Vorformierung unserer Zeit als im Interesse des konstitutionellen Lebens selbst gelegen finde, und auch von der öffentlichen Begründung des Urteils im Prozeß Vordardt-Reiner bezüglich der Rechtsbeistandigkeit des § 64 der Geschäftsordnung des preussischen Abgeordnetenhauses einen überzeugenden Eindruck empfing. Uebrigens sei ein Monate nachhinkendes Strafverfahren weniger Wert zu legen, als darauf, daß unmittelbar nach einer Sitzung die Ordnung wieder hergestellt werde, wie es im vorliegenden Falle ja erfolgreich bewirkt wurde.

Professor Dr. Stier-Somlo schreibt: „Das landgerichtliche Urteil über die Abgeordneten Vordardt und Reiner finde ich gerecht. Jede Kammer des preussischen Landtags ist befugt, ihren Geschäftsgang und ihre Disziplin durch eine Geschäftsordnung zu regeln (Art. 78 Verf.-Urk.), die aber weder gegen diese Verfassung selbst, noch gegen andere Gesetze des Reichs oder Preussens verstoßen darf. Diese Voraussetzungen treffen aber auf § 64 der Geschäftsordnung, mag man über seine politische Beweggründe und unerwünschten Folgen denken, wie man will. ... Die Polizeibeamten, deren sich der Präsident des Abgeordnetenhauses bedient hat, waren lediglich seine ausführenden Organe gewesen, nicht aber haben sie eine selbstständige polizeiliche Handlung aus eigenem Rechte vorgenommen. Wenn daher das Verhalten des Präsidenten auf Grund des § 64 der Geschäftsordnung rechtlich zulässig war, so auch das der seine Anordnung vermittelnden polizeilichen Organe. ... Gehen sich die Polizeibeamten nach alledem in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes befanden, so ist die Strafbarkeit derjenigen, die ihnen mit Gewalt Widerstand geleistet haben, gemäß § 113 Str.-G.-B. gegeben. Sollte die Geschäftsordnung zweifellos die Befug-

nis, den Ausschluß des Abgeordneten vorzusehen, so war auch nach Lage der Dinge der Tatbestand des Hausfriedensbruchs, wenigstens für den Abgeordneten Vordardt erfüllt. ... Es ist sehr zu wünschen, daß das Reichsgericht das Urteil bestätigt, noch mehr aber, daß sich in Zukunft keine Gelegenheit mehr bietet, den § 64 der Geschäftsordnung in solch strenger Weise zur Durchführung zu bringen.“

Es haben sich auch alle Zeit Professoren gefunden, die eine im Interesse der Studierenden gelegene Justifikation verteidigen und wie man sieht, finden sie sich heute noch. 1848 lang man mit Bezug auf die Zusammenlegung der Nationalversammlung: 150 Professoren, Vaterland Du bist verloren! Das Wort gilt für eine gewisse Sorte Professoren heute noch.

England.

Ein Arbeiterabgeordneter gegen das Streikrecht. Der englische Arbeiterabgeordnete Philipp Snowden, der auch als Mitarbeiter des christlich-sozialen „Commonwealth“ bekannt ist, veröffentlichte heute ein aufsehenerregendes Buch, in dem er des längeren die Zwecklosigkeit und Schädlichkeit des Streiks nachzuweisen sucht. Er berechnet, daß von 1900—1910 insgesamt 3 Millionen Arbeiter an 6150 Arbeitskämpfen beteiligt waren, dadurch 62 Millionen Arbeitstage und 248 Millionen Mark an Löhnen verloren, neben den 60 Millionen Mark, die sie für Streikunterstützung aufbrachten. Trotzdem seien die Löhne in derselben Zeit um 60 Millionen Mark gestiegen. Im Jahre 1911 seien 931 000 Arbeiter an 864 Kämpfen mit 10 1/2 Millionen verlorenen Arbeitstagen und 40 Millionen Mark Lohnverlust beteiligt gewesen, wobei sie eine Gesamtlohnabnahme von 518 000 Mark pro Woche erzielt hätten, wozu es 21 Monate bedürfte, um die Kosten der Kämpfe wieder auszugleichen. Daher müsse das Streikrecht im Interesse des Allgemeinwohls eingeschränkt werden zugunsten obligatorischer Lohnämter nach dem Muster der in Australien bestehenden. Dabei vergißt Snowden aber, daß gerade die australischen Gewerkschaften immer lebhafter gegen diese Art des sozialen Friedens, der dem Arbeiter Hände und Füße bindet, zu rebellieren beginnen. Das von der bürgerlichen Presse mit großer Genugtuung aufgenommenen Buch ist ein neuer Beweis für die Eigenart und das Ansehen der englischen Arbeiterpartei, die MacDonald kürzlich in Stuttgart als nachahmenswertes Beispiel den deutschen Arbeitern vorführte. So weit geht allerdings bei uns die Toleranz nicht, daß ausgesprochene Gegner unserer gewerkschaftlichen Taktik als unsere Vertreter im Parlamenten sitzen.

Rußland.

Die Dumawahlen. Das erste Stadium der Dumawahlen, die Wahl der Bevollmächtigten von den Gemeindeversammlungen, findet unter völliger Ausschließung der öffentlichen Kontrolle statt. Das Wahlgesetz hat für die Bauern einen vierstufigen Wahlmodus geschaffen, der speziell darauf angelegt ist, die Entscheidung über die entgeltliche Wahl in die Hände der Großgrundbesitzer zu legen. Als Wahlmacher figurieren namentlich auf dem flachen Lande die Geistlichen, die von dem hl. Synod straff organisiert, bei den jetzigen Wahlen die Rolle der bezahlten Agenten der Regierung spielen. Diese Lasten werden noch dadurch verschärft, daß die Geistlichen auf Befehl ihrer obersten Behörde die Separatwahlen des kriegerischen Militärischen zur Geltung bringen und nur solche Kandidaten unterstützen, die sich den Voten, deren Forderungen in der dritten Duma nicht völlig befriedigt wurden, nun mit Gout und Ghar verschreiben. Welche Rolle die heiligen „Väterchen“ in der Wahlkampagne spielen, ist aus folgendem geheimen Rundschreiben ersichtlich, das an alle Kirchgemeinden Wolyniens verandt wurde:

„Laut Befehl des Bischofs Nikon vom 3. August, ersuche ich Sie, unversäglich ein Verzeichnis der zuverlässigen Bauern Ihrer Gemeinde einzusenden, die man mit voller Sicherheit als die würdevollen Kandidaten für die Wahl der Bevollmächtigten in den Gemeinden empfehlen kann. Ich bitte ferner Bericht über die agitatorische Tätigkeit der Landknechte für die Dumawahlen.“

Gand in Gand mit den Polizisten im Priesterrock geht natürlich auch die gewöhnliche Polizei vor. So wird aus Kiew unter dem 24. September gemeldet: „Die Bezirkspolizei ist damit beauftragt, die politische Zuverlässigkeit und die soziale Stellung der Bauern festzustellen, die in den Dörfern populär sind und Aussicht besitzen, als Bevollmächtigte für die Wahlmänner-Wahlen gewählt zu werden.“

Zum Schluß sei folgendes Bild aus der beginnenden Wahlkampagne in den Städten mitgeteilt: Am 22. September fand in Saratow eine nach endlosen Scherereien genehmigte Wählerversammlung statt. Der Polizeikommissar Subkow verlangte, daß die Fragen des Staatsbudgets von den Rednern nicht berührt werden sollten. Der Einrufer der Versammlung, Rechtsanwalt Nikonow beantragte hierauf, daß die Versammlung geschlossen werde, da sie unter solchen Bedingungen unmöglich sei. Die zahlreichen Anwesenden beantworteten diesen Vorschlag mit donnerndem Applaus und verließen demonstrativ den Sitzungssaal. — An demselben Abend fand in Saratow eine Wählerversammlung statt, die von den Gestriffen einberufen worden war. Als der beauftragte Polizeikommissar dem Vorstehenden die erste Verwarnung erteilte, schrie dieser ihn an und verlangte, daß er seine Worte zurücknehme. Der Vertreter der allmächtigen Polizei durfte sich vor den Pogromisten und nahm demnach seine Worte zurück. — Eine nette Illustration dafür, wer Rußland regiert und wer bei den russischen Stimmwahlen das Wort in der Hand hat.

Politische Notizen. Der Umstürzer Anttel in Rabat, bekannt durch seine Differenzen mit dem dortigen Festkommandeur, ist als Landrichter an das Landgericht Rabat versetzt worden. — Im Reichstag des Innern wird eine Denkschrift über den Umfang der sogenannten Abkommensverpflichtung ausgearbeitet. Die Frage des Verbots der Abkommensverpflichtung ist im Reichstage und in der Presse wiederholt besprochen worden. Die Reichsleitung hat nun die Bundesregierungen ersucht, ihre Erfahrungen auf diesem Gebiete dem Reichstag des Innern mit-

teilen, und dieses hat das eingegangene Material zu einer Denkschrift verarbeitet. — Ein englisches Blatt läßt sich aus „einstufigen Berliner Kreisen“ melden, daß Staatssekretär a. D. Bernburg zum deutschen Botschafter in London aussuchen ist. Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt dazu: „Das Gerücht, daß Bernhard Dernburg für den Londoner Botschafterposten in Frage komme, wurde allerdings auch in Deutschland verbreitet. Die ganze Botschafterfrage scheint insofern bis zur Rückkehr des Kaisers aus Rominten vertagt zu sein.“ — Nach der „Berlinerischen Volksstimme“ soll der Vize von Maria-Theresia, Freiherr von Schöningh, zum Erzbischof von Köln aussuchen sein. — Auf die Frage des Senators Göttinger, ob die Beschlüsse des Synods der französischen Scholastikergesellschaft, die eine Untersuchung über den außerehelichen Verkehr der Zudersorger eingelegt worden, in London wurde getrennt eine deutsche Real- schule eröffnet, die allmählich zu einer vollen Oberschule mit der Berechtigung zum Universitätsstudium ausgebaut werden soll.

Von den Unruhen auf dem Balkan.

Aus dem Mobilisierungsgebiet liegen heute wohl eine Anzahl Nachrichten vor, jedoch sind die meisten davon untergeordneter Bedeutung. In Wiener diplomatischen Kreisen ist die Meldung eingetroffen, daß heute die vier Balkanstaaten Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland der Türkei ein Ultimatum überreichten, in dem für Aetia, Albanien, Alt-Serbien und Mazedonien die Autonomie verlangt wurde. Im Ablehnungsfalle soll nach dem 2. J. sofort der Türkei der Krieg erklärt werden. Die osmanische Flotte soll aus den Dardanellen nach dem Schwarzen Meer vertrieben werden. Den Vätern zufolge ist von der serbischen Staatsbahnverwaltung eine für die Türkei bestimmte Sendung von Kriegsmaterial auf dem Belgrader Bahnhof mit Beschlag belegt worden.

Folgende Details bezeugen die Vorgänge noch näher: Athen, 3. Oktober. Ein griechischer Dampfer, der mit einem türkischen Einschlag für die Dardanellen versehen war, wurde an der Küste verhindert unter dem Vorwand, daß er keinen Kohlen Vorrat habe. Dieses Vorgehen der türkischen Behörden hat hier tiefen Eindruck gemacht.

Sofia, 3. Oktober. Die Mazedonisch-Adrianopeler Gesellschaft hat die Initiative zur Bildung einer freiwilligen Legion ergriffen, deren Stärke wahrscheinlich die Zahl von 20 000 Mann überschreiten dürfte. Die Anwerbungen haben bereits begonnen. Die Schüler der letzten Klasse der Militärschule wurden zu Unteroffizieren befördert.

Sofia, 3. Oktober. Die bulgarischen Grenztruppen haben Weisung erhalten, jedweden Konflikt zu verhindern.

Mailand, 3. Oktober. Die „Stompa“ meldet aus Athen: Aetia wird 12 000 Freiwillige nach Griechenland zur Hilfe senden.

Sofia, 3. Oktober. Griechenland, Serbien, Montenegro und Bulgarien haben König Ferdinand zum obersten Kriegsherrn der vereinigten Armeen der Verbündeten ernannt. Es heißt, daß serbische Truppen bereits über die bulgarische Grenze marschieren, um mit den Verbündeten eine gemeinschaftliche Aktion zu unternehmen.

Wirtschaftliche Folgen der Balkanwirren. Eine in Industrie- und Handelskreisen hoch angelegene Berliner Persönlichkeit äußert die „Mündener Post“ um Veröffentlichung des Nachstehenden: Auf die drohenden Kriegsgefahr hat die Börse an den Hauptbörsenplätzen Europas gestern (Dienstag) mit einem starken Kurssturz der Industriewerte und einem Ansteigen der Preise für Agrarprodukte reagiert. Die Gefahr einer dauernden Panik und damit einer gewaltigen Störung der Produktion ist drohend. Die Interventionskäufe der Großbanken, die selbst sehr wenig liquidierten, kann nur eine vorübergehende Besserung schaffen, nur das energische Eingreifen der Großmächte zur Vermeidung des Kriegsausbruchs oder wenigstens der strengen Lokalisierung eines Balkankrieges könnte Beruhigung schaffen. Daß die deutsche Regierung hier aus eigener Initiative ihren Mann stelle, erscheint ausgeschlossen angesichts des Charakters ihrer leitenden Personen. Sie hat bis jetzt nicht einmal den Bundesratsauschuß für auswärtige Angelegenheiten einberufen. Der Anstoß zu dieser Einberufung müßte allerdings von Bayern ausgehen, dessen „leitender Staatsmann“ aber in allen praktischen politischen Fragen von einer mehr als professionellen Polifistigkeit zu sein scheint. Aber eine Anregung in dieser Hinsicht hätte trotzdem von Berlin aus erfolgen müssen, wenn man dort sich seiner Pflichten bewußt und ihnen gewachsen wäre. Da man in den leitenden Kreisen des Finanzkapitals den Umfang der Gefahr doch übersehen muß, scheint es an der Zeit zu sein, daß von dort aus, wie im Herbst vergangenen Jahres, wieder eingegriffen wird. Das erweist sich um so nötiger, als die getriggen Ereignisse an der Börse nur ein Vorspiel waren, und die Kriegslust verdrängender Balkanfluten mit ein Ergebnis der fortgesetzten Einwirkung des „friedliebenden“ Rußland ist.

Fakales.

Küstringen, 3. Oktober.

Neue Bestimmungen über die Hülsschulen.

Das oldenburgische Ministerium für Schulen und Schulen erläßt über die Hülsschulen neue Bestimmungen, die auch verdienen, in der breiteren Öffentlichkeit bekannt zu werden.

§ 1. 1. Die Aufnahme eines Kindes in die Hülsschule erfolgt in der Regel erst nach zweijährigem Besuche der allgemeinen Hülsschule.

2. Bis zum 1. Februar jeden Jahres haben die Hauptlehrer der Hülsschulen des Kreises dem Kreisstudieninspektor ein Verzeichnis der Schüler vorzulegen, die sie dem Schuldorstande zur Aufnahme in die Hülsschule vorschlagen wollen.

3. Der Schuldorstand hat darüber, ob ein Kind für die Hülsschule geeignet ist, einen Ausweis zu hören, der mindestens aus einem Mitgliede des Schuldorstandes als Vorsitzenden, dem Leiter der Hülsschule und einem beamteten Arzte besteht. Zu den Prüfungen, die der Ausweis vornimmt, soll in der Regel der bisherige Lehrer des Kindes zugezogen werden.

Freie Turnerschaft Rüstringen.

Einladung
zu dem am Freitag den 4. Oktober er.
im Saale des „Odeon“ in Rüstringen
stattfindenden

19. Stiftungs-Fest
verbunden mit
Rekruten - Abschiedsfeier
bestehend in turnerisch. und humorist.
Auführungen und Ball.
Kassensöffn. 8 Uhr, Anf. präz. 8.30 Uhr.

Karten im Vorverkauf 30 Pf. sind bei
den Mitgliedern, sowie im Vereinslokal
zu haben, an der Kasse 40 Pf. Ball
75 Pf. Um regen Besuch bittet
Der Vorstand.

Achtung! Verband der Achtung!
Schneider, Schneiderinnen u. Wäsmearb. Deutschl.
Hilfale Wilhelmshaven.

Am Freitag den 4. d. Okt., abends 8 Uhr,
findet unsere fällige
Mitglieder-Versammlung
statt. Tagesordnung: Wahl der Erbsverwaltung.
Es ist Pflicht aller Mitglieder, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Konsum- u. Sparverein
für Rüstringen und Umgegend.
(E. G. m. b. H.)

Unsere geehrten Mitgliedern zur Nachricht, daß
wir am Freitag den 4. Oktober in

Jever, Wasserpfortstr. 77
— unsere —

Berteilungstelle 16 eröffnen.

Der Vorstand.

Oldenburg.

Sonntag den 6. Oktober, nachm. 5 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Kurwidderstraße:

Kombinierte Partei-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung vom Parteitag.
2. Beschlußfassung über die Errichtung einer Sterbe-
kasse auf Gegenseitigkeit.
3. Verschiedenes.

Willkürlich erscheinen der Mitglieder notwendig. Mitglieds-
buch legitimiert. **Der Vorstand.**

Geschäfts-Eröffnung.

Der geehrten Einwohnerschaft von Rüstringen
und Umgegend die ergebenste Mitteilung, dass ich
mit dem heutigen Tage im Hause

Wilhelmshavener Strasse 69

Kolonialwaren-Handlung
verbunden mit Aufschnittgeschäft

eröffne. Es soll stets mein Bestreben sein, durch zuvor-
kommende, aufmerksame Bedienung mir die Gunst des
Publikums zu erwerben, und bitte ich um geneigten
Zuspruch.

Rüstringen, den 4. Oktober 1912

Hochachtungsvoll

Joh. Ahlers.

Zetel am Urwald **Gasthof von**
H. Wilkenjohann

2 Minuten vom Bahnhof Zetel
hält seine Lokaltitäten allen Ausflüglern u. Vereinen bestens empfohlen.
Größter Saal am Plage (2000 Personen fassend), verdeckte Regel-
bahn, Turngeräte. Größere Vereine bitte um vorherige Anmeldung.

Konsum- u. Sparverein für Rüstringen u. Umgegend

eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

1887 25 1912

Unsere geehrten Mitglieder

und deren Familie laden wir hiermit zu der am Sonntag den
6. Oktober d. J. stattfindenden

Jubiläums-Feier

herzlichst ein. Dieselbe beginnt nachmittags
auf dem Hofe unserer Zentrale, Wilhelmshavener Strasse 92-94.

Zeiteinteilung:

3 Uhr nachm.: Konzertstück, Gesangsvortrag und Begrüssungs-
Ansprache, Feste des Verbandssekretärs Hrn. Vieth.
Ansprachen der Vertreter anderer Organisationen,
Gesangsvortrag.

3 1/2 bis 6 Uhr: Konzert, sowie Besichtigung des Zentrallagers,
der Bäckerei usw. usw.

Nach 6 Uhr: Festzug nach dem Stadtteil Heppens. Die Kinder
erhalten Lampionen.

Abends 8 1/2 Uhr im Saale des Tivoli, Gükerstrasse:

Festabend :: Bunter Abend
mit nachfolgendem Ball.

Eintritt frei. Saalöffnung 8 Uhr abends. Eintritt frei.
Die Mitglieder haben eine Legitimation mitzubringen.

Der Vorstand.

2
Waggon Konserven

diesjähriger Ernte sind eingetroffen.

— Wie alljährlich: —

Beste Qualitäten! ::

Billigste Preise!

Stramme Packung!

J. Margoniner & Co.

Gükerstrasse 8. Marktstrasse 34.

Friedrichshof.

Heute Freitag den 4. Oktober:

Großer öffentlicher Ball

Hierzu ladet freundlichst ein

Hans Sussbauer.

Grosser Preis-Skat

Sonabend den 5. Oktober

abends 8 1/2 Uhr

Sonntag den 6. Oktober

nachmittags 4 Uhr

im Heinrichshof, Eilenburgstr.

Es ladet freundlichst ein

H. Warkhausen.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Rüstringen-Wilhelmshaven.

Sonabend den 5. Oktober,

abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

aller in den Privatbetrieben

beschäftigten Arbeiter

bei W. Galteland, Grenzstr.

Insbesondere sind auch die über-

getretenen Kollegen u. Schmiede-

Verband hierzu eingeladen.

Die Erbsverwaltung.

Achtung!

Kranken-Unterstützungs-

Berein Hilfe.

Sonntag den 6. Oktober er.,

nachm. 2 1/2 Uhr:

Ordentliche

General-Versammlung

im Lokale des

Herrn Rath, Grenzstraße.

Tagesordnung:

1. Erhebung der Beiträge u. Auf-

nahme neuer Mitglieder.

2. Jahresrechnung.

3. Wahl des Vorstandes.

4. Verschiedenes.

Willkürlich erscheinen nicht

erzogen. **Der Vorstand.**

Distriktsklub

für Sande u. Umgeg.

Sonabend den 5. Oktob.

abends 8 Uhr

Versammlung

für alle Bezirke

im Vereinslokal.

Tages-Ordnung:

1. Erhebung der Beiträge.

2. Aufnahme neuer Mitglieder.

3. Bericht vom Parteitag.

4. Verschiedenes.

Es wird erwartet, daß sämtliche

Mitglieder erscheinen.

Mitgliedsbuch ist vorzubringen.

Der Vorstand.

Jever.

Volksverein „Wach auf“

Sonabend den 5. Oktober

abends 8 1/2 Uhr

Monatliche

Mitglieder-Versammlung

im Gasthof „Zur Traube“.

Tagesordnung u. a.: Bericht

vom Parteitag in Ummantelung durch

Gewissen Hug - Rüstringen.

Das Erscheinen aller Mitglieder

ist Pflicht. **Der Vorstand.**

Deutscher

Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Teilmehrsch.)

Sonabend den 5. Oktober

abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

bei Feigmeier.

Der Vorstand.

Colosseum Rüstringen.

Wilhelmshavener Strasse.

Jeden Sonntag und Freitag:

Gr. öffentlicher Ball

Hierzu ladet ergebenst ein

G. Riemstedt.

Todes-Anzeige.

Am 2. Oktober starb in

folge eines Schlaganfalles

unsere liebe Schwester und

Schwägerin

Margaretha Onden

im Alter von 74 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

Rüstringen, 3. Okt. 1912.

Tammen Onden u. Frau.

Die Beerdigung findet am

Sonabend nachm. 2 Uhr von

Trauerhalle, Nordstr.

Str. 21, aus statt.

Die Beerdigung

unserer lieben Schwester findet erst

Freitag nachmittags 2 Uhr von

Beierstraße 4 aus statt.

Familie Reineke.

Die Gelben als Bollwerk gegen die Fortführung der Sozialpolitik.

I.

Im Verlage des Gewerkschaftsartikels Hannover ist soeben eine Broschüre erschienen, der wir im Interesse der Arbeiterklasse weitest Verbreitung wünschen. Die Schrift behandelt in knappen Umrissen, aber unter Verbringung eines reichen Materials die Entstehung, den Zweck und die Tätigkeit der gelben Unternehmerrücktritte. Wir bringen nachstehend von den 14 Kapiteln der Schrift das 11., das sich mit der Stellung der Gelben zur Sozialpolitik beschäftigt, zum Abdruck:

Die Stellung der Gelben zu unsern sozialpolitischen Gesetzen deckt sich durchaus mit der ihrer Gründer und Förderer. Zwar mag es nicht, die Verrückung oder Verhinderung der bestehenden Gesetze zu fordern, aber sie jammern mit den Unternehmern um die Bette über die hohen sozialen Kosten, und sie stehen jedem Ausbruch der Sozialgesetzgebung gegenüber.

Mit welcher Ungeniertheit der „Bund“, das Organ des Gelben Arbeitsbundes, gegen die Sozialpolitik behrt, dafür nur ein Beispiel. In einem Artikel, der sich mit dem „Bund“ den sozialpolitischen Ueberlieferungen dieses Kongresses (1) und betont, daß früher ein solcher Eifer berechtigt gewesen sein möge, daß aber heute „das soziale Verständnis“ sozialer Allgemeingut bei uns Deutschen geworden“ sei, und deshalb seien „die Gefühlsmomente“ vorerst in den Hintergrund zu schieben und dem kühlen erwägenden Verstand das Wort zu lassen“. Wie aber der „kühl erwägende Verstand“ der gelben Bundbrüder über die Sozialpolitik urteilt, wird dann mit folgenden Sätzen gesagt:

„Unser Unternehmertum muß und erhalten bleiben. Und es muß und darf und leistungsfähig erhalten bleiben. Damit kommen wir auf die finanzielle Belastung unserer Industrie durch die Sozialgesetzgebung, die von einem großen Teil der Mitglieder des Evangelisch-Sozialen Kongresses nicht genügend gewürdigt worden ist. ... Es ist an der Zeit, zu prüfen, ob nicht der Vogen der Sozialbelastung für unsere Industrie überspannt wird. Wer diese Prüfung unterläßt, der macht sich einer schweren Unterlassungssünde schuldig.“ („Bund“ Nr. 24 von 1912.)

Daß auch die Arbeiter stark und leistungsfähig erhalten werden müssen, scheint das gelbe Blatt nicht für notwendig zu erachten. Einige Wochen nach diesem Bekenntnis zum sozialpolitischen Stillstand wandte sich der „Bund“ in einem Artikel, „Vom sozialpolitischen Ueberliefer“ überschrieben, gegen die „überfälligen Reformen“ des Staats- und Gemeindefinanzwesens“ unter ausdrücklicher Billigung der gegen die Sozialpolitik gerichteten Ausführungen, die der Generalsekretär des Vereins der Industriellen in Köln, Paul Steller, in den „Preussischen Jahrbüchern“, niedergelegt hat.

Man beachte auch folgende Ausführungen des Augsburger Werkereinschlusses „Die Wehr“ (Nr. 22 von 1907) zur Frage der gesetzlichen Arbeitslosenunterstützung:

„Der tüchtige Mann, der seine Pflicht tut, findet jahrgelohnung an derselben Stelle sein Brot. Er hat also keine Veranlassung, Beiträge zu einer Versicherung zu zahlen, die ihm menschlicher Voraussicht nach doch niemals zugute kommen wird. Von den Beiträgen der Unheilen, der Veruntreuer, der Faulen, der Gewissenlosen ist aber keine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu halten.“

*) Die gelbe Schutztruppe der Unternehmer, nach einem Vortrage von Dr. Schneider, Preis im Eingelaut 25 Pf.; bei Parteilassung bedeutende Preisermäßigung. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Hannover.

Der Kuppelhof.

Roman von Alfred Bod.

(Nachdruck verboten.)

(28. Fortsetzung.)
Ein paar Stunden später hielt der Storch Einkehr, und das Geschrei eines prachtvollen Büchchens erfüllte die Stube.

Die Kore zeigte den neuen Weltbürger der jungen Mutter: „Gut, einmal der, was ein Kerleburich! Und schneefest. So hab ich lang kein Kind gesehn.“

„Unberufen!“ flüsterte die Dine, aus ihren Augen aber strahlte das reinste Glück.

Während die Kore die Wöchnerin pflegte, kann sie darüber nach, wie sie der armen Betrogenen helfen könne. Jedemwo mußte der Gerner stehen. Seinen Aufenthalt ausfindig zu machen, gab es Mittel genug. Das Nachforschende war, in Hellsheim Umfrage zu halten. Die dreihundert Mark waren selbstverständlich auf Zimmerwiedersehen verkauft worden, doch würde das Gesetz den Schuldigen zwingen, seine Pflicht als Vater zu erfüllen.

Als die Dine wieder außer Bett war, ging die Kore in aller Stille vors Dorf, wartete auf das Postwagelchen und fuhr nach Hellsheim. Dort führte ihr erster Weg zum Bürgermeister. Der war über die Personalien des Gerner genau unterrichtet. Nachdem der Gehalt zum Bernhard Dohheimer entlassen worden war, hatte er in Oheringelheim bei einem Weinbergbesitzer gekauft. Die Arbeit hatte ihm jedenfalls nicht geholt, denn er legte sie nach eines Monats Ablauf nieder und trieb sich wochenlang ohne Beschäftigung in Mainz herum. Im Gasthaus zum halben Mond bekam er mit einem Wirtsfreud aus Rombach Bändel, griff zum Messer und verwundete seinen Gerner lebensgefährlich. Seiner Verhaftung hatte er sich durch die Flucht entzogen. Hinter ihm war ein Steckbrief erlassen worden. So wenig sich die Kore von ihrer Vermittlung in der Kugelgelegenheit versprochen hatte, auf diesen Ausgang war

In demselben Sinne, teilweise sogar mit denselben Kraftausdrücken, äußert sich die „Deutsche Treue“, das Organ der Vaterländischen Arbeitervereine, in allerleierlei Zeit. In einer Abhandlung über „Arbeitslosigkeit“ wird auch die staatliche Arbeitslosenversicherung als abolekt. Selbstverständlich wird nicht das Interesse der Unternehmer ins Feld geführt, sondern das der Arbeiter. Es heißt, die staatliche Arbeitslosenversicherung würde, wenn sie ohne Rücksicht auf das eigene Verschulden ausgesetzt würde, zu den „größten Unannehmlichkeiten“ führen. Denn „auch der arbeitslose Arbeiter, der in unüberlegten, sinnlosen Hoffnungen aus der kleinen Stadt in die Großstadt lockt, fände hier von Staats wegen eine Verhöhnung, und die Gewissenhaften, Fortschrittlichen, Genügsamen ... müßten zahlen für die Reichtümlichen, Genüßsuchenden, Genüßlosen“.

Diese Sätze, deren Arbeitslosigkeit jeder denkende Arbeiter sofort erkennen muß, scheinen dem selber Blatt allerdings nicht ausreißend, die Ablehnung eines für die Arbeiter so wichtigen Sozialgesetzes zu beirunden. Und so machte es denn im weiteren Verlauf seiner Untersuchungen nach die schreckliche Entdeckung, daß die Arbeitslosenversicherung nicht nur die Ausländer der Genüßhaften und Genüßsuchenden ausnimmt, sondern auch noch — man erwidere nicht — unsere gesamte Kultur gefährdet und direkt in den sozialdemokratischen Ruin führt. Die „Deutsche Treue“ drückt das so aus:

„Die ungeheure Gefahr einer solchen Arbeitslosenversicherung liegt vor allem darin, daß sie die moralische Selbstverpflichtung des Menschen, die doch das Ziel aller sittlichen Kultur ist, abtun, daß sie ihm die Entscheidung über Recht und Unrecht, gut und böse, vernünftig und lächerlich abnimmt und sie auf eine bevormundende Staatsregierung überträgt. Damit näherten wir uns aber in bedenklicher Weise dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat.“ („Deutsche Treue“ Nr. 38 vom 15. September 1912.)

Das ist derselbe Gedankengang, den der französische gelbe Führer Japp in folgenden Sätzen entwickelt:

„Die Guten sollen Geld beitragen, damit die Säuer und Verführer eine Rente erhalten! Das ist moralisch und bedeutet einen Rückschritt der Menschheit! Die staatliche Lebensversicherung demoralisiert die Arbeiter, sieigt das Kind.“

Also dieselben Schlagworte, dieselbe Rührorgane für die „Guten“ zugunsten der „Verführer“ Arbeiter. Nur ein kleiner Unterschied ist zu beachten. Der gelbe Franzose richtete seine Kanonade gegen die Invalidenversicherung, die damals in Frankreich gesetzlich geplant war. In Deutschland besteht nun die gesetzliche Invalidenversicherung seit zwei Jahrzehnten; die deutschen Arbeiter können also nachprüfen, ob die Prophezeiungen des französischen Gelben richtig sind. Und aus dem Ergebnis dieser Prüfung können sie Rückschlüsse ziehen auf die gelben Führer in Deutschland, die mit derselben Intelligenz und Ehrlichkeit — und mit denselben Argumenten, gegen die Arbeitslosenversicherung ins Feld ziehen, mit denen ihre französischen Kumpeln gegen die Invalidenversicherung Front machten.

Parteinachrichten.

Bezirksparteiitag für Schleswig-Holstein und Rürstentum
Lübeck, Am 29. und 30. September fand in Kiel der diesjährige Parteitag der Bezirksorganisation von Schleswig-Holstein und das Rürstentum Lübeck statt. In seinem Bericht über die Tätigkeit des Bezirksvorstandes bedauerte der Vorsitzende, Genosse Bartels, die Aufhebung des Rürnberger Beschlusses betr. Abführung des Tagesverdienstes am 1. Mai. Die weiteren Diskussionsreder sprachen sich im gleichen Sinne aus. Es wurde ein Antrag angenommen, in dem die

Erwartung ausgesprochen wird, daß die Partei- und Gewerkschaftsbeamten auch in Zukunft am 1. Mai ihren Tagesverdienst an den Waisenden abführen. Eine Resolution wurde angenommen, die die Aufhebung des Rürnberger Beschlusses mißbilligt. — Ein Antrag auf Abhaltung einer Frauenkonferenz für Schleswig-Holstein in diesem Jahre wird dem Bezirksvorstand zur Ergründung überwiesen, ebenso ein Antrag, den in dänischer Sprache erscheinenden „Røde Postbud“ statt viermal jährlich im Jahre erscheinen zu lassen. — Reichstagsabgeordneter Genosse Karl Legien sprach dann über das Thema: „Der Kampf um die proletarische Jugend.“ Landtagsabgeordneter Genosse Reinert sprach über: „Die Wahlrechtsfrage und die Landtagswahl in Preußen.“ In dem Referat des Genossen Legien wurden zwei Anträge eingebracht. Der eine verlangt mehr aufklärende Tätigkeit für die Jugend von 18–20 Jahren mit Rücksicht auf die zunehmende polizeiliche Verfolgung der Jugend. Der andere Antrag verlangt die Herausgabe eines besonderen Organs für die in der Jugendbewegung tätigen Personen. Beide Anträge wurden abgelehnt. Zu dem ersten Antrag wurde gesagt, man wolle für Jugendliche von 18–20 Jahren keine besondere Organisation schaffen. — Zum Vorsitzenden der Bezirksorganisation wurde Genosse Bartels-Altona wiedergewählt.

Aus den Parteioorganisationen. Die außerordentliche Kreisversammlung des Wahlkreises Lennep-Hemscheid-Nettmann wählte am Sonntag den Genossen Rudolf Bühler-Nieder-Barnim nahezu einstimmig zum Parteisekretär.

Eine Wahlkreisversammlung für Meiningen 1, die am Sonntag in Hildburghausen stattfand, beschloß, wichtige agitatorische Maßnahmen zu ergreifen und nahm ein neues Kreisstatut an. — Seit den letzten Wahlen wurden in diesem Kreise 10 neue Organisationen gegründet.

Die Generalversammlungen des 15., 19. und 20. sächsischen Reichstagswahlkreises erklärten sich mit den Beschlüssen des Parteitag einverstanden. Am 20. Kreise wurde beschloffen, für die Kreisgeneralversammlungen das Delegiertenrecht einzuführen; im 19. Kreise dagegen wurde ein derartiger Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Eine Parteiverammlung in Mainz, die den Bericht vom Parteitag entgegennahm, erbllickte in dem Ausschluß Hildebrands eine Einschränkung der wissenschaftlichen Forschung, und sprach die Hoffnung aus, daß der nächste Parteitag den Beschluß wieder rückgängig macht.

Das „Hamburger Echo“, das am 2. Oktober das Jubiläum seines 25jährigen Bestehens beging, erschien aus diesem Anlaß in form einer Gedenkschrift. Auf dem Titelblatt ist die erste Seite der ersten „Echo“-Nummer im Originalformat wiedergegeben. Die schwere Zeit des Sozialistengesetzes lebt wieder auf, wenn man das Gedenkblatt liest, das Johannes Wedde, der Herausgeber und erste Redakteur des „Echo“ voranschickt. Das Blatt sollte politisch völlig neutral gehalten sein, es sollte nur, wie sein Name sagte, der Widerhall dessen sein, was in den Zeitungsstimmen aller Richtungen laut wurde. Trotz dieser Versicherung seines unparteiischen Charakters muß Wedde in derselben Nummer schon mitteilen, daß er auf Grund des Sozialistengesetzes aus dem nördlichen Belagerungsgebiet ausgewiesen sei. Die Polizei wollte eben das Erscheinen jedes Blattes, an dem bekannte Sozialdemokraten mitarbeiteten, unmöglich machen. Mit Hilfe des Schandgesetzes war es ja auch gelungen, die Vorläufer des „Echo“, vom „Hamburg-Altonaer Volksblatt“, das bereits 1878 unter-

lie nicht gefloht. Ganz erschüttert trat sie den Heimweg an. Sollte sie schweigen, oder sollte sie der Dine die Wahrheit sagen? Einmal würde die Kräfte doch ihr Schicksal erfahren, obenrein vielleicht aus rohem Mund. Da war's am besten, man brachte ihr die Unglücksbotschaft schonend bei.

Mit diesem Voratz setzte sie sich abends ihrer Schuttbefehlenden gegenüber, doch gewann sie's nicht über sich zu reden. Erst nach einigen Tagen fand sie den Mut dazu. Sie wollte aber ihren Eltern nicht trauen, als die Dine unter heißen Tränen sprach: „Die Dine sein gar garstig. Vore. Ginder sie mein Schatz verbergen, sollen sie hören, wie sie sich dabei stellt. Dadurch, daß er das Eigentum sucht, kommt er mit allerlei Rül zusammen. Wer weiß, was das für ein Rül war, gegen den er sich hat wehren müssen? Ace, Vore, demwegen daß ich ihn net gering. Wann er kommt, wird er schon erzählen, wie alles zugegangen ist. Und was sie von sich gibt, ist wahr. Dabefür steh ich ein.“

Die Kore verfluchte. Der Glaube des Mädchens an den Anwalt war unerschütterlich wie Fels im Meer. Da mußte man wirklich nicht, ob man so ein Geschöpf um seine Einsicht bedauern oder beneiden sollte. Doch wohl beneiden. Denn den Armen am Geist gehörte das Himmelreich.

Mittlerweile rüdte die Dine wieder in ihre Stelle ein, die ihr der Alldörfermorg als einer fleißigen Magd offen gehalten hatte. In den Feierabendstunden nahm sie ihr Kind, das einzuwachen in der Vore Obhut verblieb, und ging auf die Fintelheide. Dort gefellte sich der Schäferknappe an ihr. Den fragte sie: „Rälp, wo enaus zu ist dann der Rhein?“

Der Schäfer hob die Schürpe und deutete gen Süden. „Gut, wo's so flimmert, da sein doch Berg. Die heißt man den Lannus. Und dabeihinter fließt der Rhein.“

Sie folgte mit ihren Blicken der angegebenen Richtung. Also da war der Rhein. Da fahnelten sie auf ihren Schatz. Der Gerner war ein himmelstanger Rer, hatte die alte

Bannigen gedrohen, der nimmt's mit zehn Bagabonden auf. Demnach auch mit zehn Gendarmen. Das war gewiß, er rüß sich durch. Bellerstet er war näher, als sie ahnte. Ganz nah. Und kam über Nacht. Ach, gutes Gottesd! Wie wollte sie ihn halten und bergen. Und verstehen, daß ihn niemand fand.

So simulirte sie und schaute lehnstuchvoll in die ferne, goldene Ferlichkeit, bis der Rub unruhig ward. Da legte sie ihn an die Brust und sang:

Buchchen schloß ein,
Dein Vater kommt vom Rhein,
Bringt ein schönen Humpelmann,
Nihrot angetan.
Buchchen schloß ein,
Dein Vater kommt vom Rhein.

Der Dohheimer fühlte sich so schwach, daß er das Bett nicht mehr verlassen konnte. Sein Gesicht war merkwürdig klein geworden und trug die Zeichen des Verfalls. „'s liegt mir auf der Brust wie eine Aderkoll.“ klagte er. „Und sein radmüd. Und wann ich ein wirt bußel, is mir's gerod, als lät mir eins die Rühl zuzumirren.“

Nach langem Hin- und Herreden legte es die Mariann durch, daß der Arzt aus der Kreisstadt gerufen wurde. Der untersuchte den Patienten und meinte: „Mit dem Herz, da stimmt's nicht ganz. Sonst kann ich nichts Befenders finden. Ich denk, 's wird sich wieder machen.“

Er empfahl leidetliche Kost und fenchte Umschlüge, das Blut vom Herzen abzuleiten. Wenn der Kräftezustand sich gehoben habe, solle der Bauer eine Badefur in Raubheim gebrauchen. Die wirts oft Wunder bei bergleichen Fällen.

Als der Arzt gegangen war, klagte der Dohheimer in delpetzigem Tone: „Das will ein Dokter sein! Und verschreibt net emal was. Gal Da bleib ich beim Säubirtelkei! keinen Trankten.“

Die Mariann war eine aufstame Krankenpflegerin. Wenn die Wundschmerzen den Vater ansetzten, bettete sie ihn



bedrückt wurde, bis zur „Würgerzeitung“ zu verbieten. Dem „Echo“ aber konnte man, trotz eifriger Bemühung, nicht an den Argen. Es überlebte das Ausnahmefolge und machte in den folgenden Jahren eine Entwicklung durch, die getreulich mit dem Aufstieg der Arbeiterbewegung im Hamburg-Altonaer Stadtgebiet Schritt hielt. Heute zählt es 76.000 Abonnenten und ist eben wieder dabei, seine Betriebsräume beträchtlich zu vergrößern. Beträchtlich sind aber auch die Opfer, die der 25jährige Kampf gegen die herrschenden Gewalten erforderte. Vier Jahre und 4½ Monat Gefängnis, 4½ Monate Festungshaft und rund 15.000 Mark Geldstrafe wurden über die Redakteure des „Hamburger Echo“ verhängt.

Für die deutsche Gesamtpartei war das Gedeihen des Hamburger Parteigangs, dessen Verlag unter der bekannten Firma Auer & Co. sich seit 1890 in Parteiregie befindet, von jeher von besonderer Bedeutung. Lange Zeit war es das größte der Parteigeldhöfe und seine günstigen Finanzabschlüsse kamen der Gesamtpartei oft vortrefflich zufluten.

Gewerkschaftliches.

Ein neuer Prozeß gegen den Zechenverband. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hatte vor Jahren einen Prozeß für eine Anzahl seiner Mitglieder gegen den Zechenverband durchgeführt, die durch das vom Zechenverband eingeführte, inzwischen aber wieder fallengelassene Schwarzlohn-System auf längere Zeit ausgeperrt und somit finanziell schwer geschädigt worden waren. Dieser Prozeß endete mit dem Erfolge, daß der Vorstand des Zechenverbandes von beiden Gerichtsinstanzen verurteilt wurde, den Ausgeperrten den ihnen durch die Ausperrung über die sechs Wochen hinaus erwachsenen Schaden zu ersetzen.

Nach dem Streik im März d. J. sind wieder eine größere Anzahl Verbandsmitglieder auf Veranlassung des Zechenverbandes auf kürzere oder längere Zeit von der Arbeit auf den zum Zechenverband gehörigen Werken ausgeperrt worden. Auf Veranlassung des Verbandsvorstandes haben diese Ausgeperrten eine Kollektivklage gegen den Zechenverband eingeleitet, um dessen Verurteilung zum Ersatz des ihnen durch die Ausperrung erwachsenen Schadens zu erreichen. Mit der Forderung dieses Prozesses ist Rechtsanwalt Dr. Hersfeld in Essen betraut, der auch den ersten Prozeß gegen den Zechenverband geführt hat.

Auf die Aufforderung des Verbandsvorstandes haben sich 255 Mitglieder gemeldet, deren Klageanspruch als berechtigt von der Verbandsleitung erachtet wurde und für die der Prozeß eingeleitet worden ist. Diese sind insgesamt 10.302 Tage oder durchschnittlich 40,4 Tage infolge der Ausperrung arbeitslos gewesen. Die durchschnittliche Ausperrungsdauer ist natürlich länger gewesen, da die meisten bis zum 1. Juli d. J. ausgeperrt gewesen sind. Es sind bei der Aufstellung die Tage in Abzug gebracht worden, während welcher die Ausgeperrten andere als Berufsarbeiten verrichtet haben. Für diese Tage verlangen die Kläger Entschädigung des Differenzschadens zwischen ihren früheren Bergarbeiterlöhnen und den bei den anderen Arbeiten verdienten Löhnen. Das Gesamtergebnis beträgt 57.544 Mark oder pro Kläger durchschnittlich 225 Mark. Auch für diejenigen, die weniger als sechs Wochen ausgeperrt waren, ist die Klage eingeleitet worden, weil aus prinzipiellen Gründen eine Entscheidung des Reichsgerichts herbeigeführt werden soll. Beim vorigen Prozeß war das nicht möglich, da die zur Einlegung der Revision gegen das Urteil des Oberlandesgerichts erforderliche Höhe des Streitobjekts nicht vorhanden war. Auf den Ausgang dieses Prozesses kann man gespannt sein.

Aus dem Lande.

Fischzug.

Trodenlegen der Fische. Jeder ordentliche Fischknecht soll über Winter troden liegen; um dies herbeiführen zu können, muß jeder Teich mit einer entsprechenden Klappe- und Stauvorrichtung versehen sein. Nach dem Abfischen im Herbst ist das Woller abzulassen.

böher. Auch sonst schaffte sie ihm manche Erleichterung. Die wenigen Speisen, die sein Wagen annahm, bereitete sie sorgfältig zu. Die Anstrengung tat ihr wohl, denn sie vergaß darüber das eigene Leid.

Der Todbeimer lud viel in seinem Andachtsbuch, zum meist die Gebete für Kranke. Er wußte, daß der Tod zu seinen Säuglingen stand, und er fürchtete ihn nicht. Lieber sterben, als so jammervoll daliegen und seinen Leuten zur Last fallen. Jeden Augenblick konnte der Seisenmann die Sippe schwingen. Wenn er's nur kurz machte. Was danach kam, blieb Gott überlassen. In der gleichen Stube, so in dem gleichen Bett hatte auch die Bäuerin ihre Tage beschaffen. Während ihrer Krankheit war die Teilnahme allgemein gewesen, und bis in den Abend hinein hatte die Stubentür nicht stillgestanden. Wer besuchte ihn? Der Säugerknecht, der alte Videmeier, manchmal der Wädrphilipp. Sonst ließ sich niemand blicken. Sie hatten ihn schon ausgegraben. Der Wog war der Herr auf dem Hof. Nun, wer nicht kam, der blieb eben weg. Er grüßte keinem deshalb. Er hatte mit allen in Frieden gelebt und wollte in Frieden mit allen sterben. Sollte er wirklich mit allen in Frieden gelebt? Streng genommen, nein. Da war der Karges — was Teufel ging ihn der schlechte Kerl an? Der schloß nicht mit. Eßt, stül! Der Karges war sozulagen doch auch ein Mensch. Und was für einer! Nicht wert, daß ihn die Sonne beschien. Ganz recht, aber doch ein Mensch, von Gott gesalbt mit Leib und Seele, mit allen Gliedern und allen Sinnen. Und stand geschrien: Lieber Brüder, so ein Mensch ohne von einem Heil überleitet wird, so heißt ihn wieder zurecht mit sanftmütigem Geiß! Und stand weiter geschrien: Lieber eure Feinde, segnet, die euch fluchen, tut wohl denen, die euch hassen, und bittet für die so euch beleidigen! Geiß, das alles hatte der Herrgott durch den Mund des Seisenmanns verkünden lassen. Aber wer tat danach? Er kannte eifrige Kirchengänger, die jahrelang miteinander prozessierten und bis auf Weller kämpften. Im Dorf waren die Brüder Schmelzer, die

Ist dies vielleicht seit Jahren nicht mehr geschehen, so ist es nötig, den angekauften Schlamm auszuheben. Der Boden ist soeben umzuwandern oder doch mit der Haxe zu bearbeiten.

Erdnüssen, Palmkernnüssen sind mehrfach als Futter für Karpen verwendet worden, doch soll davon das Fleisch einen blig-fühlichen Beigeschmack bekommen. Wenn gefüttert werden muß, wird die gelbe Lupine wohl immer das vorteilhafteste Futter für Karpen bleiben, vorausgesetzt, daß dieselbe vorher gedämpft oder gut gequellt wird zum Zwecke der Entbitterung und dadurch die Beseitigung der der Lupine anhaftenden schädlichen Stoffe.

Accum, 3. Oktober.

Ungeklärter Fall. Montag Abend ereignete sich hier ein trauriger Unglücksfall vor der Wirtshaus von H. Eggers. Mehrere Männer hatten sich dort auf der Straße, wie man wohl sagt, „feilschmakt“. So überboten sie das Rollen eines herannahenden Wagens und in der Dunkelheit hatte sie der Fuhrmann auch nicht gesehen. Erst im letzten Augenblick bemerkte man das ziemlich schnell von der Höhe herunterrollende Gefährt. Schnell sprangen alle zur Seite. Reiter geriet dabei der Arbeiter D. Behrens aus Anspornen zu Fall und die Räder gingen ihm über ein Bein. Der schnell herbeigerufene Arzt stellte einen Knochenbruch über dem Fußgelenk fest. Behrens ist verheiratet.

Barel, 3. Oktober.

Flieger zweier abgerückt. Der Flieger, der am Sonntag auf dem Vierdemarktsplatz ein Schaulaufen veranstaltete, ist samt Flugmaschine abgerückt. Er wird wohl von der Opferwilligkeit der Barel ein Lied zu singen wissen. Wenn sich die Arbeiter durch ein Jauchebillet vor dem ziemlich hohen Eintrittspreis drückten, war dies wohl erklärlich, aber daß sogar die wohlhabendsten Einwohner der Stadt sich auf diese Weise ein billiges Vergnügen machen wollten, schien auch dem jungen Volten über die Lustkur zu gehen. Nachdem er am Sonntag seinen Flug ausgab und auf den kommenden Sonntag verschob, ist er jetzt abgerückt, da er des Kramersmarktes wegen auch auf seinen besten Besuch rechnen konnte. — Die zu dem Fliegen gelieferten Biletts werden im „Tisch“ wieder eingezogen.

Oldenburg, 3. Oktober.

Das Recht zur Führung des Meistertitels und die Befugnis zur Anstellung von Lehrlingen haben erworben durch Bestehen der Meisterprüfung: Maurer Heinrich Giese aus Elsterh, Maurer Heinrich Stolle aus Stollham, Fräulein Franziska Thoden aus Barfel, Fräulein Frieda Janßen aus Berta, Fräulein Berta Schwabe aus Jener, Fräulein Anna Deelen aus Cloppenburg.

Jugentleistung. Am 1. Oktober abends 8 Uhr entlegte die Lokomotive des Güterzuges 6412 bei Ausführung einer Rangierbewegung in der westlichen Zufahrtsweg des Bahnhofes Norimoor. Die Strecke war dadurch gesperrt, der Personenzug wurde durch Umleitungen aufrecht erhalten. Am 2. Oktober früh 4 Uhr waren die Ausleistungsarbeiten beendet und die Strecke wieder frei.

Delmenhorst, 3. Oktober.

Konsumverein für Delmenhorst und Umgegend. Den Mitgliedern zur Kenntnisnahme, daß die Mitgliedsbücher, Dividendenhefte und Marken bis zum 10. d. M. in der Verkaufsstelle Gr. Kirchstraße abgegeben werden müssen. Später eingehende Marken und Scheine sind ungültig.

Nordenham, 3. Oktober.

Kartellierung. Eine Sitzung des Gewerkschaftskartells fand Dienstag Abend in Röhrens Lokal statt. Anwesend waren 22 Delegierte. Die Versammlung nahm zunächst den Tätigkeitsbericht des Vorstandes entgegen. Aus demselben ist zu entnehmen, daß gemeinschaftlich mit dem Parteivorstand Fragebogen ausgearbeitet worden sind, die zwecks genauer Kontrolle bei sämtlichen Gewerkschaftsmitgliedern zirkulieren sollen. Eine Organisation der Schlichter soll

ebenfalls ins Leben gerufen werden. Ueber den Schnapsverbrauch fand noch eine längere Debatte statt. Es kam zum Ausdruck, daß der Schnapskonsum in Nordenham-Einsparnden wohl etwas retour gegangen sei, aber demselben in einigen Lokalen doch noch über das natürliche Maß hinaus gehuldet werde. Beschlossen wurde, zwei Vorträge, einen in Nordenham und einen in Einsparnden, halten zu lassen, wo über die Schädlichkeit des Alkohols und seine Folgen referiert werden soll. Ueber die Errichtung eines Arbeitersekretariats fand eine längere Aussprache statt. Alle Delegierten betonten die Notwendigkeit eines solchen Instituts. Der Vorstand wurde beauftragt, weitere Schritte für die Errichtung eines Sekretariats in die Wege zu leiten. Zur Sprache kam ferner noch die Bauarbeiter-Ausperrung, sowie die vorgenommene Gründung des gelben Gewerkschafts. Die vorgetragenen Fälle über letztgenannten Punkt spotteten jeder Beschreibung. Arbeiter aus den Betrieben der Metallwerke werden von den Werkmeistern oder Vorarbeitern ohne erst befragt zu werden, auf die Listen genommen und somit als Mitglieder des gelben Vereins proklamiert. Die Delegierten werden alles daran setzen, daß die Ränge dieser gelben nationalen Vereine in Nordenham-Einsparnden nicht in den Himmel wachsen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte gegen 11 Uhr Schluß der Sitzung.

Organisationsersplitterung. Wächtig in die Knochen gefahren ist der Zeitung des Metallwerkes „Unterwerfer“ das kräftige Vordringen der Organisation in ihrem Betriebe.

Mit allen Mitteln wird versucht, diesem Vordringen Einhalt zu gebieten, denn durch das zu starke Annähern der Organisation und der größeren Ausbreitung des Organisationsgedankens unter den Arbeitern könnte ja eines Tages dem dreimal heiligen Profit eine Gefahr erwachsen. Die unteren Vorgesetzten, Meister und Vorarbeiter, wurden in der vorigen Woche zu einer Konferenz zusammenberufen, wo ihnen der Rat erteilt wurde, die ihnen unterstellten Arbeiter unter allen Umständen für den Werkverein zu gewinnen, und einige dieser Vorgesetzten, die sich gern die Sporen verdienen möchten, arbeiten nun mit Hochmut an der Verwirklichung dieses Gedankens, ohne bislang einen nennenswerten Erfolg dabei zu haben. Immerhin ist es aber notwendig, festzustellen, mit welchen Mitteln man auf den Mitgliedererwerb aussteht. Es werden die Namen älterer Arbeiter, die es aber weit von sich weisen, einem solchen gelben Verein anzugehen, ohne deren Zustimmung auf eine Liste gesetzt. Diese wird an mehreren Stellen im Betriebe angeheftet und dadurch soll dann den jüngeren Arbeitern ein Beispiel gegeben werden, um auch sie für den Eintritt gefügig zu machen. Als Kuriosum sei noch angeführt, daß auch die Namen der Direktoren, mehrerer technischer Angestellten usw. mit auf dieser Liste prangen. Mehrere dieser Herren nehmen für sich das Recht in Anspruch, sich zu organisieren, von den Arbeitern aber verlangen sie, daß sie zu Geloten werden und ihrer Organisation den Rücken kehren. Wir machen den Arbeitern den Vorschlag, sich durch solches Gebahren nicht von dem richtigen Wege abbringen zu lassen, sondern noch wie vor für die Organisation zu wirken. Nicht von einer solchen, von allen ehrlichen, selbstbewußten Arbeitern verachteten „gelben Vereinigung“ können ihre Interessen dem Kapitalismus gegenüber vertreten werden, sondern dazu sind die freien Arbeiter-Organisationen berufen, die es schon in unzähligen Fällen bewiesen haben, daß sie es und nur sie sind, die für die Arbeiterklasse das Beste wollen.

Blexen, 3. Oktober.

Unfall. Zu dem vor einigen Tagen gemeldeten Unfall des Zimmerers Junke wird uns mitgeteilt, daß der Abwurf sich von einer nur wenige Meter hohen Treppe vollzog. Augenzeugen waren selbst nicht zugegen, da in jenem Teil des Betriebes niemand arbeitete. Hinterläßt eine Frau und drei schulpflichtige Kinder.

Leer, 3. Oktober.

Unfall im Hafen. Am Dienstag Abend stieß im tiefen Hafen der von Hamburg über Emden kommende Dampfer

liebt geliebten minderwertigen französischen Stücken die heute noch lebenden deutschen Fabrikanten Linbau, Blumenhof, V'Arange und Nadelburg mit ihrer gleichfalls sehr teuren Ware; 1893 schrieb Hauptmann seine Kolonialgare den „Biberpels“ und Anno 1911 besuchte uns Carl Höfner die allenthalben lebhaft aufgenommenen „Hünfrankfurter“. Das wären in Kürze die Etappen des deutschen Aufstiegs, soweit es mehr als alltägliche Bedeutung beansprucht.

Höfners Arbeit behandelt den bekannten Stoff von den fünf Frankfurter Rothschilds, die es, wie einmalig die Jünger, Weller und andere berühmte Handelsgeschlechter verstanden haben, nicht nur kleinen Quadezürken in Geldverlegenheiten auszuheilen, sondern zu denen auch mächtigere Herrscher aus denselben Gründen kamen. Die Verleumdung der Barone an die Rothschilds war, wenn wir uns zu ausdrücken dürfen, gewissermaßen eine moralische Abschlagszahlung an jene finanziellen Rothseier. Höfner hat in seinem Lustspiel die Punkte in den dritten Akt verlegt. Der Chef des Hauses Rothschild Salomon hat den Ehrgeiz seiner Tochter einem abgebrannten jungen Fürsten anzubieten, bei welcher Gelegenheit er indes von diesem gewaltig dupiert wird, diemel — nicht belohners neu — die jüdische Waid bereits einen andern liebt.

Technisch sind die einzelnen Szenen gut aufgebaut, indes etwas eigenartiges oder künstlerisch neues ist in dem Stück nicht zu finden. Obwohl bei der geistigen Aufführung, nach unserer Meinung, der Humor zu wenig zum Durchbruch kam, verlor das Publikum die Vorgänge auf der Bühne mit Spannung. Die Frau Gubala wurde von Hel. Nordländer in ihrer mittleren Ruhe und Besorgnis sehr gut kopiert. Durch seines Spiel zeichnete sich Herr Reich als Salomon aus. Er verstand es vorzüglich, dem gewandten Bankier eine gewissen Schwung zu geben und den Witz mit Seelenruhe zur Geltung zu bringen. Auch die Herren Dr. Oberhardt als Anselm und Dr. Aio als Herzog Gustav waren gute Figuren. Kl.

Wilhelm-Theater. Die fünf Frankfurter.

Ohne Zweifel bietet die Aufführung des Höfnerschen Stückes einen verlockenden Anreiz, die geschichtlichen Phasen des deutschen Lustspiels einander zu behandeln. Indes seien hier nur einige Punkte skizziert: 1763 läuft Kessling seine „Münna von Barnheim“, das beste klassische Lustspiel; 1852, also nur genau einem halben Jahrhundert, folgten die „Journalisten“ von Gustav Freytag; in den 70er und 80er Jahren dominierten, neben den bis in unsere Zeit be-

„Stadt Witten“ mit der „Tafel“ „Ginderika“ aus Osterhauderfeldn zusammen. Die Tafel wurde in finkenem Zustande auf Grund gelegt.

Vapenburg, 3. Oktober.

Die Handelskammer für Ostfriesland und Vapenburg hielt am 19. September hier eine Sitzung ab, in der u. a. beschaffen wurde, eine Eingabe des Vereins deutscher Gefängnisreformvereinigungen an die Eisenbahn-Direktionen zwecks Einführung eines Spezialtariffs für gefangene Gefangene nach dem Westen Deutschlands zu unterstellen. Die Beschlüsse, die darauf hinzielen, den mit dem 30. Juni dieses Jahres außer Kraft getretenen Tarif für Gefangene diesen Herbst wieder in Kraft zu setzen, wird die Handelskammer im Interesse des Gefangenverkehrs der Eisenbahnen und des hiesigen Gefangenverkehrs entgegenzutreten, zumal ein Bedürfnis nicht vorzuliegen scheint. (V. Bezeichnung ist, wie der Tarif für die Allgemeinheit verloren geht, wenn Sonderinteressen einer eng umgrenzten kapitalistischen Gruppe unter allen Umständen vertreten werden. Wären denn die Herren der Handelskammer nichts von Teuerung und Vergeltung? D. Red.) Ferner wurde beschlossen, dem Verein zur Förderung des Baues eines Großschiffahrtsweges vom Rhein zur deutschen Nordsee, z. B. Berlin, mit einem Jahresbeitrage von 100 Mark beizutreten. Zum Mitgliede des Bezirks-Eisenbahnrats Hannover-Münster wurde Kommerzienrat Metzger und als dessen Stellvertreter Herr Albe, Rüttner-Beer für die Zeit vom 1. Januar 1913 bis 31. Dezember 1915 wiedergewählt. — Vom Regierungspräsidenten ist für den Regierungsbezirk Aurich eine neue Verordnung über das Ausverkaufswesen erlassen und im Reg.-Amtsblatt Nr. 32 vom 9. August d. J. veröffentlicht. Die frühere Verordnung vom 14. Mai 1910 ist dadurch außer Kraft gesetzt. Die Detaillisten sind nach wie vor der Meinung, daß alle Bestimmungen über das Ausverkaufswesen die erhoffte Wirkung nicht haben werden, bevor man nicht, vielleicht durch einen ministeriellen Erlaß, die in letzter Zeit so beliebt gewordenen Ankündigungen von Gil-Propaganda, Kellern, Extra- und Verkäufen, auf den Julein insbesondere von Verkäufen wegen vorge-schrittener Saison und wegen bevorstehender Abreise, welche in Zweck und Wirkung nichts anderes als Ausverkauf sind, den letzteren gleichgültig und sie auch den erscheinenden Bestimmungen unterwirft. Anlässlich der Revision des Abgabentariffs für den Ems-Jade-Kanal hat die Handelskammer dem Regierungspräsidenten auf sein Ersuchen berichtet, daß die aus den Seitenablagernungen des Kanals herrührenden Sandablagerungen, sowie Kiese und Seefisch wegen ihres geringen Wertes unter allen Umständen abgabefrei sein sollten; für landwirtschaftliche Düngemittel könnte die Kammer die Anwendung des jetzigen Tariftariffs (Hälfte der Tarifhöhe) befürworten. — Der Schiffahrtsverein für den Dortmund-Ems-Kanal hat einen Abdruck seiner Eingabe an das Abgeordnetenhaus betr. die Gefahr der Teilung des Dortmund-Ems-Kanals durch das Schleppmonopol überliefert. Die hiesige Handelskammer hat ebenfalls die Kommission, dafür einzutreten, daß der Kanal als eine selbständige und unabhängige Verkehrsstraße angesehen wird, und daß sein Verkehr von dem staatlichen Schleppbetriebe frei bleiben muß.

Vapenburg, 3. Oktober.

Vorgehildlicher Fund. Vor längerer Zeit wurde in der Feldmark Marx beim Abtragen eines nicht sehr hohen

Sandhügels auf den sog. Rattenbergen (Rettig, altfriesch — Grab) östlich des Friedhofes Ties eine mit drei Füßen versehen Graburne aus gebranntem Ton etwa 1 Meter unter der Erdoberfläche gefunden. Leider wurde das ziemlich seltene Fundstück seiner Art beim Abtragen derart mit dem Spaten verlegt, daß eine nachträgliche Zusammenlegung unmöglich erschien. Der Inhalt bestand aus Knochen und Knochenstücken. Das Alter dieser Graburne wird auf 1500 bis 1600 Jahre geschätzt.

Aus aller Welt.

Durchsuchereien bei der Reichspost. Im Jahre 1908 trug im Reichstage bei der Beratung des Postgesetzes unser verstorbenen Genosse Singer mehrere Fälle von Verletzung des Briefgeheimnisses durch Postbeamte vor. Trotzdem in einem so umfangreichen Betriebe immer einige räumige Schafe vorhanden sein können, trat der Staatssekretär Kraetzel den Ausführungen unseres Genossen recht entgegen und bestritt, daß derartige Fälle sich überhaupt jemals ereignen könnten. Bald darauf, am 16. Februar 1909, hand der „Vorwärts“ vor Bericht, weil er an Band einer Beschlagnahme von Briefen einige kritische Bemerkungen über Verletzung des Briefgeheimnisses gebracht hatte. Den Straf-antrag für sämtliche Postbeamte hatte Herr Kraetzel gestellt und erzielte auch eine Beurteilung des Verantwortlichen, Genossen Davidsohn, zu 300 Mark. Mit diesem Urteil kam der verlorbene Staatsanwalt Steinbrecht nicht auf seine Kosten. Er hatte sich in seinem Eifer für die gute Sache hinreissen lassen und nur drei Monate Gefängnis beantragt. In seiner bekannten objektiven Beurteilung fand er an der Post seinen Tadel. Der „Vorwärts“ habe durch unwahre und hässliche Notizen das Ansehen der Postverwaltung und der Beamten schwer herabgesetzt. Daß doch räumige Schafe unter den Beamten sind, die persönlicher Vorteile willen das der Post anvertraute Brief- und Telegraphengeheimnis verletzen, dafür liefert die „Frankfurter Zeitung“ gleich mehrere Beispiele. Sie schreibt: Beim Postamt in Ulma ist zwei Beamten plötzlich die Ausübung von Dienstgeheimnissen durch ihre vorgelegte Behörde untersagt worden. Die Beamten haben, wie mitgeteilt wird, das Telegraphengeheimnis verletzt und Nachrichten, die den Posten betreffen, für sich verwendet, um sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen. In Dortmund und Gelsenkirchen sind zwei ähnliche Fälle vorgekommen. Einer dieser Fälle hat seinen Abschluß damit gefunden, daß der betreffende Beamte freiwillig aus dem Leben geschieden ist.

In die Halle gegangen. Ein Begräbnis würdig seines Lebens hatte der berühmte russische Gigant Kossowski, der vor einigen Tagen bei einem Ueberfall im Kampfe mit Polizisten erschossen worden war. Seine Komplizen hatten seinen Leichnam in Sicherheit gebracht und gebeten, ihm, nachdem sich die Aufregung über den Vorfall gelegt hatte, ein feierliches Begräbnis zu bereiten. Auf einem Friedhofe in der Nähe der Stadt Odessa waren die berüchtigsten Verbrecher der Stadt und berülligend zusammengekommen, um ihrem getöteten Kumpan die letzte Ehre zu erweisen. Die Polizei, die davon Kenntnis bekommen hatte, ließ die Trauergäste ruhig passieren, die in der Mehrzahl von ihr lange gefaschte Fierden des Odessaer Verbrecherlagers waren.

Sie umstellte den Friedhof und verhaftete 162 Männer und Frauen, als sie den Friedhof verlassen wollten.

Verzweiflungstat eines jungen Mädchens. In der Nähe des Bahnhofes Stolpe an der Nordbahn hat sich am Montagabend ein junges Mädchen aus Riebschammer von einem Vorortzug überfahren lassen. Es handelt sich um die 22jährige Hausbälterin A. Wendt, die bei einem Farmer in Reindendorf in Stellung war. Der Lokomotivführer des Zuges, der trotz der Dunkelheit das Vorhaben des Mädchens bemerkte, versuchte, den Zug zum Stehen zu bringen, doch gelang dies bei der kurzen Entfernung nicht mehr rechtzeitig. Das Mädchen wurde überfahren und getötet. Bei der Leiche fand man einen an die Mutter der Selbstmörderin gerichteten Brief, in dem das Mädchen mitteilte, daß es freiwillig in den Tod gehe, weil sein Bräutigam, ohne den es nicht leben könne, von ihm nichts mehr wissen wolle.

Familientragödie in Neufrelis. Eine furchtbare Familientragödie hat sich in der vorletzten Nacht in Neufrelis abgespielt. Ein Telegramm meldet: Der in Rot geratene frühere Gutsinspektor Remde beschloß, um die öffentliche Armenpflege nicht in Anspruch nehmen zu müssen, mit seiner Familie aus dem Leben zu scheiden. Vorgehen abends bereits töteten die Eheleute ihr zwei Jahre altes Kind, indem sie ihm die Pulsadern aufschnitten. Gestern morgen öffneten sich Remde und seine Ehefrau ebenfalls die Pulsadern. Da der Tod nicht schnell genug eintrat, erschlug Remde seine Frau mit einem Hammer. Er wollte sich dann erhängen, fand aber den Mut nicht dazu und stellte sich der Polizei.

Erdbebenpanik in Chile. Aus Santiago, der chilenischen Hauptstadt wird gemeldet, daß Prophezeiungen des Gelehrten Cooper, nach denen die Küstenstädte Chiles in diesen Tagen von einem furchtbaren Erdbeben heimgesucht werden dürften, die Bevölkerung in Angst und Schrecken verlegt haben. Fast kein Mensch blieb am Sonntag in Santiago oder in Valparaiso zu Hause. Die ganze Bevölkerung kampierte in Zelten außerhalb der Stadt. Die Furcht vor einem katastrophalen Erdbeben wird durch die in dortigen Breiten ganz ungewöhnlichen Wetterverhältnisse gesteigert. Letztlich wurden auch schon am Montag früh um 1 Uhr in der chilenischen Provinz Colchagua starke Erdstöße verspürt. Der Glaube an die Prophezeiungen des Gelehrten Cooper hat sich dadurch naturgemäß verhärtet.

Veranstaltungen, Kalender.

Sonnabend, den 5. Oktober.

Accum.
Krbtr.-Kad.-Berein Rehe wieder. Abends 8 1/2 Uhr bei V. Eggers.
Jever.
Volkverein Nach auf. Abends 8 1/2 Uhr in der Traube.
Barel.
Tabakarbeiter-Verband. Abends 8 1/2 Uhr bei Schubert, Katernier.
Brate.
Arbeiter-Gesangsverein Frohimm. Abends 8 1/2 Uhr bei E. Janhen.
Norden.
Holzarbeiter-Verband. Abends 8 Uhr bei Dittich in Efel.

Schwaasser.

Freitag, 4. Oktober: vormittags 5.42, nachmittags 6.20

Freibank

am Schlachthof.
Fleisch-Verkauf

Freitag abends 6 Uhr,
Sonnabend morgen 8 Uhr.
Schlachthofdirektion
Sperling.

Edelweine-Verkauf.

Wegen. Der Handelsmann
Joh. Wiers aus Wabebauhen
bedrängt am

Sonnabend den 5. Oktbr.

nachm. 4 Uhr anfangend
bei Treck Gastwirtschaft zu Eins-
warden durch den Unterzeichneten
auf genaue Zahlungsfrist



30 große und kleine

Zucht- und Fatterschweine

verkaufen zu lassen.

Kaufstehhaber ladet ein

Willy. Wilms

Wegungasteller.

Konsum- und Sparverein

für Küstingen und Umgebung

e. G. m. b. H.

Am Freitag den 4. Oktober,

abends 6.30 Uhr:

Gr. Holz-Verkauf

Wilhelmsh. Str. 92-94.

Der Vorstand.

An-u. Abmelde-Formulare

empfiehlt Paul Hug & Co.

Rheinperle Solo
Margarine die Elitemarken der Branche ersetzen
feinste Butter
Rheinperle und Solo
ist in Geschmack, Aroma und Bekömmlichkeit bester Butter gleich, aber wesentlich billiger.
Lieferant erhältlich.
Alleinige Fabrikanten: Holländische Margarine-Werke Jurgens & Prinsen, G. m. b. H., Goch (Rheinl.)

Vertreter: Gebr. Gehrels (Inh. Theodor Wehmann),
Wilhelmshaven :: Telefon 34.

5 Mr. Belohnung

erhält diejenige Person, welche am
Sonnabend abends gesehen hat,
wie ich von einem Automobil in
der Bismarckstr. angefahren bin
und inlands ist, mir die Nummer
des Wagens anzuzeigen.

Eilts, Küstingen

Tombrichstraße 46.

Der weiteste Weg lohnt!

Eier! Eier!

Gr. frische Eier

20 Stck. 1.50 u. 1.60 Mk.

Klein-Eier

10 Stck. 65 Pf.

Ungechl. Eier

4 Stck. 10 Pf.

Bertenthal

Eier-Großhandl.

Wilhelmshaven, Straße 13

via-a-via bett. Leffen.

Lieferung frei Haus!

Telefon 529.

Billigste u. vorzüglichste

Bezugsquelle!

Empfehle:

Schokolade 17, 20, 25 u. 30 Pf.

Korbornade, Schollen,

grüne Geringe, Korbellen.

Konnak,

Obertstraße 4. — Außenstraße.

Telefon 820.

Geht auf Ostern 1913 ein

Malerlehrling.

H. Wiers, Nordenham.

Geht auf sofort

eine Verkäuferin

für mein Papier-Geschäft.

Albert Mas

Wilhelmshaven, Obertstraße 8c.

Geht auf sofort

ein Mädchen für den Nachmittag.

Küstingen, Peterstr. 22, 1 Tr. t.

Gesucht

auf sofort ein tüchtiger, schult.

Lehrbursche.

Gebr. Poppen.

Geht auf sofort

schulten Kaufbursche.

H. G. Pischer, Mullhaus,

Obertstraße 83.

Geht auf sofort

ein tüchtiges Mädchen.

Hr. Dierck, Kollw. Wilhelm-Saal

Siemardstraße.

Erste Putzarbeiterinnen

die besseren Putz selbst-

ständig garnieren können,

zum sofortigen Antritt

— gesucht. —

Bartsch & von der Brelle.

Geht auf sofort

ein Mädchen für vor-

mittags. Ferner

Wilhelmshaven Str. 23, 2 Tr.

Gesucht

Mädchen für den Vormittag.

Kurzstr. 3, 2 Tr.

Bauplätze

500 Meter vom Bahnhof Dan-

gastermoor, nahe am Walde, an

der Straße beilag, hat zu verkaufen

J. W. Cordes, Borgelde.

Volkshunde Rüttingen

Freitag: Kottol mit Schweinef.



Empfehle:

Schokolade 17, 20, 25 u. 30 Pf.

Korbornade, Schollen,

grüne Geringe, Korbellen.

Konnak,

Obertstraße 4. — Außenstraße.

Telefon 820.

Ostfriesenverein Eala freya Fresena Rüstringen 1.

EINLADUNG

zu dem am **Sonnabend den 5. Oktober** im
Friedrichshof stattfindenden

6. Stiftungs-Fest

bestehend in
plattdeutschen Aufführungen mit nachfolgendem Ball.

Programm:

- 1-3. Musik.
 4. Theater: „Die Liebe hört nimmer auf“ oder „Minsk arger di nich“.
 5. Musik.
 6. Theater: „De schlaue Peter“.
 7. Musik.
 8. Theater: „De Wedd“ oder „Leel west Rai“.
 9. Musik.
 10. Theater: „De Angelbur“.
 11. Musik.
 12. **BALL.**
- Saallöffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Eintrittskarten im Vorverkauf 30 Pf., an der
Kasse 40 Pf. — Tanzband 75 Pf.
Mitglieder haben Abzeichen anzulegen.
Das Komitee.

Banter Bürgergarten.

Freitag den 4. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Grosser Preisskat

Hierzu ladet freundlich ein Deinr. Posten.

Wirtschafts-Übernahme.

Einem geehrten Publikum sowie den werten Vereinen
von Rüstringen und Umgegend die ergebende Mitteilung,
daß ich das Etablissement

Friedrichshof

übernommen habe.
Wache besonders darauf aufmerksam, daß der Saal
sowie die große Bühne neu renoviert ist.

ff. Speisen und Getränke.

Indem ich bitte, mir das bisher bewiesene Wohl-
wollen auch fernhin übertragen zu wollen, zeichne
Hochachtungsvoll

Hans Sussbauer.

Konsum- u. Sparverein Unterweser

e. G. m. b. H. zu Bremerhaven.

Wir empfehlen aus demnächst eintreffenden Ladungen

Kartoffeln

Prima Magnum bonum per Zentner 2.00 Mk.
Prima rote Junfer . . . per Zentner 3.20 Mk.
frei Haus inkl. Rückvergütungsmatten.

P. P.

Einem geehrten Publikum von Wilhelmshaven-
Rüstringen zur gef. Nachricht, dass ich ein
Atelier für feine Damenschneiderei

eröffnet habe. Durch langjährige Praxis in ersten Bremer
Ateliers und als frühere Lehrerin der Akademie bin ich
in der Lage, den einfachsten und vornehmsten Ansprüchen
genügen zu können u. übernehme bei billigster Berechnung
der geschätzten Aufträge Garantie für tadellosen Sitz.
Hochachtungsvoll

Anna Kühn, Rüstringen, Schillerstr. 13

— vis-à-vis Färberei Eilers. —

Haben Sie etwas zu besorgen?

Rufen Sie einen Eilboten „Blitz“

Telephon 698

Roonstr. 2—Rüstringen—Roonstr. 2

Auf Anruf überall sofort zur Stelle.
Pünktliche u. gewissenhafte Besorgung aller Art Aufträge.

Erstes Unternehmen am Platze.

Prat a nafil an zenbut termar garin
eist doch der bes teess but terer satz
dies Elbewurde aufall enbesch ickte
Nauss Tel lung en mitd enhö chstena
Usze ich nung Enprä mi ert

Wer beim Einkauf der anerkannt vorzüglichen

„Pratana“-Pflanzenbutter-Margarine

obenstehendes Umstell-Rätsel richtig zusammengestellt zurückgibt,
erhält als Entschädigung für gehabte Mühe

eine reizende Neuheit.

Verlangen Sie bitte in allen durch Plakate erkenntlichen Verkaufsstellen ausdrücklich „Pratana“ und weisen Sie alle Ersatzmarken zurück. Kostproben werden gern abgegeben bei

H. Preuss, Gerichtstrasse 51.

Konsumverein für Delmenhorst u. Umgegend.

Die verehrl. Mitglieder werden ersucht,
bis spätestens den 10. Oktober 1912 sämt-
liche Mitgliedsbücher, Dividendenscheine und
Marken in der Verkaufsstelle abzugeben.
Marken und Scheine, welche später ein-
gehen, sind ungültig.

Der Vorstand.



Wilh. Vassmel & Co.
G. m. b. H.
Osnabrück.

In fast sämtl. Kolo-
nialwaren-Geschäften
zu haben.

1 Pfund kostet 35 Pf.
1/2 Pfund kostet 18 Pf.



Empfehle:

Große und kleine Schellfische,
Große und kleine Schollen,
Rotungen, Rabbian,
Zeeiaas, Rissfardonabe,
Anrurhahn, Marfelen,
Zardutt, Zander,
Seibutt, Zuppentrefse,
Lebende Karpen,
Lebende Schelle,
1a. neue Matjesheringe,
Neue Gmder Salzheringe,
Schwarze Rufein.

J. Helms, Fischhandl.
Bismarckstraße Marktstraße
Wilhelmsh. Str. Tel. 455.



Niederlage:

H. Miosch, Rüstringen
Peterstrasse 17.
Spezial-Apparatur-Werkstatt.



Empfehle:

1. Schellfische, Seibutt,
Rotungen, Schollen,
Rabbian, Goldbarsch, Zeeiaas,
Rissfardonabe, gr. Heringe,
Karpen, leb. Hake St. 3 Pf.
Nieler Süßlinge,
Nieler Sprotten, Muscheln,
Neue Matjesheringe,
Salzheringe, alle Marinaden

Joh. Stehneke,
Ebnische Fischwarenhandlung,
Rüstringen,
Wilhelmshavener-Strasse 29.
Telephon 732.

Electr. Lampen

sowie sämtliches

Inflations-Material

zu wirklich billigen Preisen.
Ausfängen der Lampen
umsonst.

Ang. Schuhfuß, Melkumstr. 4.

Achtung!

Jeden Freitag früh 10 Uhr:

Schlechte

Blut- und Leberwurst
abends frische warme
Knoblauchwurst.

Herm. Aust

Fabrik schlechter Fleisch- und
Wurstwaren mit elektrisch. Betrieb
Rüstringen, Peterstr. 6.
Telephon 402.

Man achte genau auf meine Firma.

200 Mk. und mehr
f. jed. verb. d. Vertr. ap. Artst.
dar. pat. Neuf. Aust grat. u.
fr. Herm. Wolf, Zwickau Sa.,
Nordstraße 30.

Carl Bastian

G. m. b. H.

Wilhelmshaven
Marktstr. 29 b/c.

Modernes fotogr. Atelier

mit soliden Präsen.

Von Porträt-Aufnahmen werden
jedem Kunden vier Probe-Aufgabe
ohne besondere Berechnung zur
Wahl vorgelegt.

Die bisher Spezialitäten:
Miniaturphotographien u.
Künstlerpostkarten werd.
in gleicher Weise weiter-
geführt.

Zahme Doyle entkommen
Sein, Meyer Weg 8.

Zurückgekehrt.

Dr. Andreas
Fracanzzi.
Wallstr. 16. — Wallstr. 16.

Herbst- und Winter-Schuhwaren

sind eingetroffen. Bei der jetzigen kalten Witterung ist ein wasser-
dichter, prima gut gearbeiteter Stiefel von größtem Wert. — Wir
empfehlen Stiefel dieser Art

Marke „Walküre“

für Herren, Damen und Kinder unter Garantie der Haltbarkeit. ::
Grosse Schuhmacher-Werkstatt im Hause. — Jede Reparatur wird
erstklassig ausgeführt. — Anfertigung nach Mass, speziell für kranke
und empfindliche Füße, in kürzester Zeit.

Trost & Wehlau, Schuhmachermstr.

Rüstringen, Wilhelmshav. Str. 70. Wilhelmshaven, Bismarckstr. 95.

Für

Trauer-Fälle
Trauerkleider: Trauerhaube
Trauerblusen: Trauerhosen
Trauerhüte und -schleier
Leinwand: Leinwand: Leinwand
Bartsch & von der Brölle

Wilhelm Theater

Sonnabend d. 5. Oktober

Anfang 3 1/2 Uhr:

Erste Schiller-Vorstellung!

Die Räuber.

Trauerspiel in fünf Aufzügen
von Friedrich von Schiller.

Preise der Plätze: 75, 50, 30 Pf.

Sonntag, den 6. Oktober

Der Vogelhändler

Große Operette in drei Akten
von Jeller.

Adam, der Vogelhändler:
Herr Direktor Alois.

Anfang 8 Uhr abends.

Rachmittags 4 Uhr:

Erste vollst. Vorstellung

in kleinen Preisen: 75, 50, 30 Pf.

Doktor Klaus.

Aufspiel in fünf Aufzügen von
Adolf Arronge.

Freie Turnerschaft

Abbekanten.

Sonntag den 6. Oktober 1912

im Vereinslokal (Hinter Strud-
hoffs Gasthaus)

Herbst-Vergnügen

bestehend in

Schauturnen und Ball.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Es laden freundlich ein

G. Strudhoff Der Vorstand

VARIETE THEATER ADLER

Kolojalen Erfolg erzielt
allabendlich die große

Ausstattungs-Operetten

Burleske von Weinreiß:

Kümmere dich

um Mirz'!

sowie die ausgezeichneten
Spezialitäten.

Freitag: Nichttrauer-Abend!

Zentralverband d. Zimmerer
Zweigverein Ganderkesee.

Sonntag den 6. Oktober cr.:

:: Ball ::

bei Gastwirt Hinte.

Anfang 6 Uhr.

Hierzu ladet freundlich ein

Das Komitee.

Gastwirt Hinte.